

**Bezugspreis:**  
Bierzeitung 150.— M., monatlich 50.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Pohlbezug: Monatlich 50.— M., einricht. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Portugal, Rumänien, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Reinhold“ und der Beilage „Gedung und Ringarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vertriebsstellen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Kompositionszelle kostet 16.— M. — Reklametzelle 80.— M. „Reklametzellen“ das fertige Druckbild 4.— M. (gültig für zwei fertige Druckbilder). Jedes weitere Wort 3.— M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 250 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50% ermäßigt.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moriplatz 15195-97  
Expedition Moriplatz 11753-54

Montag, den 26. Juni 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., S.W. 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion und Interaktions-Abteilung Moriplatz 11753-54

## Dienstag Mittag Arbeitsschluß! Arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

In Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses und des AFD-Bundes rufen wir zum Proteststreik auf gegen die sich durch die Ermordung Rathenaus erneuert zeigende, stets wachsende Gefahr des frechen Vordringens der Monarchisten, die die Republik beseitigen wollen.  
Der Demonstrationstreik beginnt in Groß-Berlin Dienstag, den 27. Juni, mittags 12 Uhr, und endet Mittwoch bei Arbeitsbeginn. Die Schichtarbeiter haben sich um 11 1/2 Uhr in ihren Betrieben einzufinden. Alle weiteren Anweisungen über Ort und Organisation der Demonstration sowie über die Ausführung der Notstandsarbeiten erfolgen in den Morgenausgaben der Arbeiterpresse am Dienstag.

Gewerkschaftskommission Groß-Berlin  
Siegstr.

- AFD-Bund, Ortskartell  
Flatau, Rogatz, Röhre.
- Bezirksverband SPD,  
Theodor Fischer.
- Bezirksverband USP,  
Hermann Müller.
- Bezirksverband SPD,  
Pfeiffer.

Diesemigen, die nicht von der Arbeitsstätte zum Lustgarten gehen, verjammeln sich an den bekannten Treffpunkten der Abteilungen und ziehen von dort aus zu den üblichen Versammlungspunkten der Kreise.

### Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs.

In Anlehnung an den Beschluß des Gewerkschaftskongresses haben die Verbände der drei Eisenbahnerorganisationen: Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter und Allgemeiner Eisenbahnerverband folgenden Beschluß gefaßt: „Der gesamte Zugverkehr und die Arbeit in den Betriebswerkstätten ist am Dienstag, den 27. Juni, nachmittags von 2 Uhr bis 2 Uhr 10 Minuten einzustellen, während sich das übrige Eisenbahnpersonal an dem Proteststreik der Privatbahnen beteiligen hat.“

Wie wir hören, wird für den gesamten Reichspostbetrieb die gleiche Maßnahme erwartet.

### Sitzung des Ministerrates.

Heute abend 7 1/2 Uhr findet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der heute vormittag aus Freudenstadt erkrankt zurückgekehrt war, ein Ministerrat statt. Dieser Ministerrat wird sich hauptsächlich mit dem Gesetz zum Schutze der Republik beschäftigen, das eine wesentliche Verschärfung gegen den bisher vorliegenden Entwurf erfahren soll. Am Dienstag sollen sich dann die Parteiführer mit dem Gesetz beschäftigen und darüber Beschluß fassen, ob sie den Entwurf sofort als Initiativantrag im Reichstage einbringen wollen. Ob die Beerichtigung Rathenaus am Dienstag erfolgt, ist bisher noch nicht endgültig.

### Die Verordnungen des Reichspräsidenten.

Vertreter der Verbände des AFD-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei, traten Sonntag nachmittags zu einer Besprechung zusammen, in der die politische Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere die Verordnung des Reichspräsidenten und das zu erlassende Gesetz zum Schutze der Republik erörtert wurden. Eine Abordnung begab sich zur Reichsregierung, um dieser zunächst einige der dringendsten Forderungen bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Preussische Ministerium des Innern hat bereits die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten ausgearbeitet. Es ist zu erwarten, daß das Preussische Innenministerium mit aller Schärfe die neue Verordnung durchführt und sein Augenmerk insbesondere auf die Presse legt, die seit Jahr und Tag für den gegenwärtigen Zustand vorgearbeitet hat.

Dessau, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsrat hat heute das deutsch-nationale Dessauer Blatt, die „Dessauer Rundschau“, verboten.

### Tillessen II und Hoffmann verhaftet.

Flensburg, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf Antrag des Oberstaatsanwalts in Kassel ist gestern abend in Flensburg ein Bruder des Eysbergermörders Tillessen, der hier zum Besuch bei einem dritten Bruder, einem Marineoffizier, weilte, wegen dringenden Verdachts, den Mordversuch an Scheidemann begangen zu haben, verhaftet worden. Der Verdächtige war im Besitz eines Auslandspasses und wollte vermutlich in das nahegelegene Dänemark flüchten. Der Verhaftete wurde nach Kassel übergeführt, um Scheidemann gegenübergestellt zu werden.

Abg. Weis hat bekanntlich in seiner gestrigen Reichstagsrede Äußerungen, die starken Verdacht über die Mitwisserschaft des Tillessen an den letzten Attentaten erregen, verlesen.

Nach einer Münchener Meldung ist dort auf Verlangen der Staatsanwaltschaften Berlin und Kassel der Kapitänleutnant Hoffmann unter dem gleichen Verdacht festgenommen worden.

### Münchener Mordhege ungehindert.

München, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Samstag und Sonntag sammelten sich in allen Stadtteilen große Menschengruppen, die über die Mordtat diskutierten. Nur im Münchener Universitätsviertel wurde der Freude über das verurteilte Attentat unerschütterlich Ausdruck gegeben. Das Bureau der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ schlug an dem von ihm bewohnten Hause folgendes in großen Lettern an:

Rathenau war Außenminister. Eider ist er tot.  
Ebert und Scheidemann leben noch!

Kein Sicherheitsorgan fand sich ein, das diese indirekte Aufforderung zum Weitermorden enfsennte. Erst als diese Prookafation einen Auslauf veranlaßte, der zu Schlägereien führte, erschien plötzlich die Sicherheitspolizei. Heute vormittag ereigneten sich vor dem Gebäude der „Münchener Post“ Aufritte mit Nordspatrioten. Der übliche Sonntagsummel in der Feldherrnhalle, an dem gestern sich der gewählte Polizeipräsident Pöchner beteiligen wollte, wurde durch ein starkes Massenaufgebot der Münchener Arbeiterpartei, die mit schwarz-rotgoldenen Fahnen aufmarschierte, verhindert.

Die Polizeidirektion teilt mit, daß ihre Untersuchung in Sachen der Ermordung Rathenaus ergebnislos abgeschlossen ist. Die Fügigkeit der Münchener Polizei ist einfach fropfrierend. Raum 48 Stunden nach der Tat wird die Untersuchung beendet. Daß sie ergebnislos war, versteht sich für München von selbst. Von der auswärts behaupteten Verhaftung des Oberst Islander ist hier nichts bekannt.

Die Freien Gewerkschaften, Betriebsräte und sozialistischen Parteien beschloßen heute mittags, die Arbeiterschaft zu morgen nachmittags 4 Uhr nach der Theresienwiese aufzurufen, um in einer nachdrücklichen Kundgebung gegen die Ermordung Rathenaus und das Treiben besonders der bayrischen Reaktionäre zu protestieren. Von der Proklamierung des Generalstreiks wurde Abstand genommen.

### Foet mit der Mörderfahne!

Nürnberg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Hier ist zurzeit eine Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaft mit Teatendenschau. Infolge nationalsozialistischer Rüpereien einiger Besucher und der Ausschlagung des Publikums durch Spielen der Mörderlieder, kam es zu Zusammenstößen und Prügeleien. Zwei Studenten versuchten am Hauptbahnhof die schwarz-rotgoldenen Fahnen zu entfernen. Das gelang ihnen mit zwei, bei der dritten wurden sie erwischt und verhaftet. Der Stadtrat nahm die Vorgänge zum Anlaß eines Aufrufes, in dem er die Teilnehmer an der Ausstellung aufsorderte, nicht die Geduld der Bevölkerung zu mißbrauchen. Als es trotzdem zu weiteren Zusammenstößen kam, wurde die Einziehung aller schwarz-weiß-rotten Fahnen auf der Ausstellung wie in der Stadt befohlen. Die Trachtenfahnen, die einen Umzug durch die Stadt unternehmen wollten, mußte sich verpflichten, keinerlei nationalsozialistische Kleider spielen zu lassen. Ein derartiges Verlangen hatten die sozialdemokratische Arbeiterschaft und die Gewerkschaften aufgestellt.

### Disziplin halten!

Die Kommunisten sind besonders im Ruhrgebiet eifrig an der Arbeit, um die Ermordung Rathenaus für ihre Zwecke auszunützen. Ueberall fordern sie zu 24stündigem Generalstreik auf. Demgegenüber weist der AFD-Bund auf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von Leipzig hin und stellt nochmals fest, daß am Dienstag nachmittags an allen Orten die Arbeit zu ruhen hat, und daß sie am Mittwoch morgen wieder aufgenommen wird. Alle darüber hinausgehenden Aktionen werden ohne Zustimmung des AFD-Bundes und auf eigene Verantwortung der daran teilnehmenden Personen vorgenommen.

Dollar, dank den Mördern, 353!

## Männer und Taten!

Der Reichstag hat gestern über die Verordnung des Reichspräsidenten debattiert. Nach der Verfassung bedarf eine solche Verordnung nicht der ausdrücklichen Genehmigung des Parlaments, sie ist diesem nur mitzuteilen und muß auf dessen Verlangen aufgehoben werden. Ein Antrag, die Verordnung aufzuheben, wurde von keiner Seite gestellt, es kam daher zu keiner Abstimmung, sondern es verblieb bei der Kenntnisnahme, die in diesem Fall eine stillschweigende Genehmigung darstellt.

Eine Verordnung auf Grund des Art. 48 der Verfassung ist eine Notmaßregel, deren Vorzug darin besteht, daß sie rasch getroffen werden und sofort in Anwendung gebracht werden kann. Auch ihre etwaige Abänderung unterliegt nicht dem zeitraubenden Beschäftigung durch den Reichstag und den Reichsrat. So konnte der Reichsjustizminister Dr. Radbruch gestern mitteilen, daß bereits eine Änderung getroffen sei, die eine offenbare Verbesserung darstellt. Es sollen nämlich nicht nur die vier Nichtmitglieder des Reichsgerichts, sondern auch die Reichsrichter, die dem Staatsgerichtshof angehören, vom Reichspräsidenten ernannt werden.

Auf dem Wege der Verbesserung kann fortgeschritten werden. Ueber sie hat nur eine einzige Körperschaft zu beraten, nämlich das Reichskabinett. Diesem sind unter Führung des AFD-B. von Vertretern der Arbeiterschaft einige der dringendsten diesbezüglichen Forderungen unterbreitet worden, und es ist zu erwarten, daß man sie rasch und mit gutem Willen einer genauen Prüfung unterziehen wird. Denn über das Ziel kann es zwischen einer Regierung, die zur Verteidigung der Republik entschlossen ist, keine Meinungsverschiedenheiten geben, und so sollte auch die Verständigung über die Wahl der Mittel nicht schwer werden. Selbstverständlich soll durch Beratungen die gebotene Raschheit des Handelns nicht beeinträchtigt werden.

Es ist nun leider einmal so, daß man den Feinden der Republik nur imponieren kann, indem man ihnen die Faust zeigt. Diese Leute glauben nur an die Gewalt, und die Republik wird bei ihnen erst Respekt finden, wenn sie ihnen fühlbar macht, daß sie die wahre Trägerin der Staatsgewalt ist. Schon sind die Herrschaften von rechts gar nicht mehr wiederzuerkennen, und wenn man ihre Blätter liest, möchte man gar nicht glauben, mit welchem frechen Verbrechenmut da noch vorgestern gehetzt worden ist. Aber genau so, noch schlimmer würde es morgen wieder werden, wenn die Republik eine Umwandlung von Schwäche zeigte, und dann könnte sie bald wieder klagend hinter einem neuen Opfer einhergehen. Nein, so nicht weiter!

Wir haben schon gestern hier gesagt, daß Einigkeit das Gebot der Stunde ist. In bürgerlichen Blättern wird viel über einen Eintritt der USP. in die Regierung geschrieben. Wir haben kein Recht, für die USP. zu sprechen, die ihre Absichten und Beschlüsse selber mitteilen wird, wann sie es für richtig findet. Wir möchten uns auch aller Ratschläge enthalten, die zu Diskussionen Anlaß geben könnten, und brauchen nicht erst zu betonen, daß wir ein gutes Einvernehmen auf herzlichste wünschen. Darüber hinaus ist uns jeder Anstoß zur gemeinsamen Aktion willkommen, der in der Absicht erfolgt, für den gemeinsamen Zweck, für den Schutz der demokratischen Republik gegen blutige Gewalt, den höchsten Wirkungsgrad zu erreichen.

Nach allen bisher vorliegenden Nachrichten aus dem ganzen Reich ist das Verhalten der Arbeiterschaft bewundernswürdig. Aber wenn die Leidenschaft, die tiefberechtigte Leidenschaft bisher eingedämmt werden soll, wenn unabsehbare Katastrophen vermieden werden sollen, dann müssen auch die bürgerlichen Parteien begreifen, daß es gegen sie nur einen Schutz gibt: das ist ein energisches Handeln der Regierung und der Gesetzgebung. Wer — und sei es auch in den besten Absichten — der Republik im Kampf gegen ihre Mörder in den Arm fiele, würde damit schwere Verantwortung auf sich nehmen.

Wir kennen die bürgerlichen Koalitionsparteien seit drei Jahren besser, als wir: sie früher gefannt haben, wir kennen sie aus gemeinsamer Arbeit. Wir wissen, daß sie verschiedene Strömungen in sich einschließen, wodurch die klare Linie der Politik leicht verwischt, die Reizung zu inneren Kompromissen gefördert wird. Für sie wie für uns war die Koalitionspolitik, gerade herausgelegt, oft ein rechtes Elend. Und doch war sie nach unserer Ueberzeugung und ist sie noch ein dringendes Notwendigkeit. Für diese Notwendigkeit haben sie, wie wir, ihre besten Männer in den Schützengraben geschickt, und sie haben dort zwei von ihnen verloren. Manchem mag das Herz bängeln in der Brust schlagen, aber wenn jemand der Meinung sein sollte, daß jenseits der Weltanschauungsgrenze die Tapferkeit im Dienste der Republik aufhöre, so genügt es nach den beiden letzten Tagen, ihm einen Namen entgegenzurufen: Wirth!

Es ist kein edlerer Kampf in der Welt geführt worden als der Kampf um die deutsche Republik. Helfferich hat seine letzte Rede im Reichstag mit den Worten geschlossen: Deutschland brauche Männer. Das sollte ein höh-



nisch-verlehnender Angriff auf die Führer und Verteidiger der deutschen Republik sein. Am Tage darauf fiel ein Mann, und am andern Tag zeigte es sich, daß es nur einer war, und daß die deutsche Republik immer noch Männer hat.

Kameradschaft, Treue, Entschlußkraft! Kurzes Verhandeln, rasches Handeln! Dann schaffen wir's. Noch zeigt sich der Kaiser des Meuchelmords, dem Revolver, Handgranaten und Blausäurepistolen den Weg zum Throne bahnen sollen, noch nicht einmal in der Ferne.

Fassen wir zu, und das blutige Gespenst zerrinnt!

### Ein merkwürdiger Satzfehler.

Die vom Reichstag gegen die Stimmen der Deutschmonarchisten und der Deutschen Volkspartei (bis auf ganz wenige Ausnahmen) beschlossene Plakatierung der Reden Löbes und Births vom Sonnabend ist erfolgt. Sie trägt die matte Liebesschrift „Trauerkundgebung des Deutschen Reichstags“ und enthält sinnentstellende Fehler. So läßt sie an wichtigster Stelle ein Wort aus. Während der Reichstagsler von Rathenau gesagt hatte, „er ist nicht nur für sein Volk gefallen“, fehlt auf den Plakaten das „nur“, so daß der Sinn der Rede Births in ihr Gegenteil verkehrt ist. Dieses Fehlen kann ja auch ein Versehen sein. Die zuständigen Stellen mögen aufklären, warum gerade in der Bürensteinischen Großdruckerei, der man diesen Druckauftrag der Republik übertrug, ein solches Versehen passieren mußte.

### Die Wilhelme unter Bewachung.

Paris, 26. Juni. (EP.) Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ im Haag meldet, daß die holländischen Behörden das Schloß Doorn und Wieringen stark bewachen, um jede monarchistische Unternehmung zu verhindern.

### Reichswehr und Reichsfahne.

Der Reichswehrminister Gehler sendet uns mit persönlicher Unterschrift — die Pressenachricht von seiner schweren Erkrankung muß also falsch sein, da er sich selbst um so unbedeutende Dinge persönlich kümmern kann — unter dem Datum des 24. Juni folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, wenn Sie in Nr. 145 Ihres Blattes, Morgenausgabe vom 22. Juni 1922, unter der Notiz „Flaggenstand in Oberschlesien“ melden, daß Offiziere sich geweigert hätten, die schwarzrotgoldene Fahne zu hissen und daß sie Mißbrauch mit den kaiserlichen und königlichen Flaggen getrieben hätten. Die Reichswehr hat mit dem Flaggenwechsel selbst nicht das geringste zu tun gehabt; das Einrüden der Truppen hat vielmehr gemäß Abkommen 24 Stunden nach erfolgter Uebergabe und nach erfolgtem Flaggenwechsel stattgefunden.

Es ist auch nicht richtig, daß deutsche Offiziere von italienischen Soldaten darüber aufgeklärt werden mußten, wie die Farben der deutschen Regierung aussehen.

A. Gehler, Reichswehrminister.

Es ist schon oft behauptet worden, daß die Reichswehr mit nationalität-reaktionären Kundgebungen nichts zu tun hatte, bei denen sie nur zufällig stets zugegen war.

### Fahnen halbmaß!

Berlin, 26. Juni. (WZ.) Aus Anlaß der Beerdigung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau flaggen morgen, Dienstag, die Behörden im ganzen Reiche halbmaß.

Die Beamten und Angestellten der Reichsbehörden werden morgen nachmittags aus Anlaß der Beisetzung Dr. Rathenaus, soweit der Dienstbetrieb es gestattet, zur Teilnahme an allen etwa geplanten Trauerkundgebungen beurlaubt.

Bei den **Elternteilwahlen** in Kiel wurden an den Volksschulen gewählt 216 Sozialisten und 180 Bürgerliche. Die Mittelschulen erhalten 80 bürgerliche und 22 sozialistische Elternteilmitglieder.

In **Beuthen** hörte man heute, Montag, früh eine lebhaftere Schießerei in der Richtung Koblberg und Scharlen. Die Sirenen der Gruben heulten. Wie es heißt, wurde ein Vorstoß über die Grenze versucht, durch einen Gegenstoß wurde das Ueberschreiten verhindert.

### Dritter Volksbühnentag.

In Bielefeld begann am Freitag der dritte Vertretertag des Verbandes der Deutschen Volksbühnenvereine. In überraschendem Umfange hat sich die Volksbühnenbewegung in den letzten Jahren ausgebreitet und nach dem Vorbild der Berliner Volksbühne in mehr als 50 Orten Deutschlands Organisationen von Besuchern mit insgesamt 400 000 Mitgliedern entstehen lassen.

Nachdem zunächst in geschlossenen Sitzungen des Verwaltungsrats mit dem Vorstande und der Geschäftsführer interne Fragen erörtert worden waren, brachten die Abendstunden in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der der Landtagsabgeordnete Schreier, als Vertreter der Bielefelder Volksbühne, die Delegierten herzlich begrüßte, drei bedeutsame Referate zu dem Thema: „Volk und Kunst.“

Zunächst sprach der preussische Innenminister Karl Severing, der von dem Vorsitzenden des Verbandes, Staatssekretär a. D. Kurt Baake, mit dem Hinweis darauf begrüßt wurde, daß einleitend ein anderer Innenminister die erste freie Volksbühne, nämlich die Berliner, verboten habe. Das Erscheinen Severings als Referent in dieser Tagung zeige den Wandel der Zeiten. Severing wies auf die Notwendigkeit hin, auch in Zeiten wirtschaftlicher Not und scharfer wirtschaftlicher Kämpfe der geistigen Not des Volkes zu gedenken. Die breiten Volksmassen lebend und hörend für die Geisteskräfte des Volkes zu machen, sei die eine Aufgabe der Volksbühnen. Aber sie hätten auch noch einen anderen Zweck: Nachdem die Zensur erfreulicherweise gefallen, wäre es jetzt Aufgabe der Volksbühnen, eine neue Art von „Zensur“ auszuüben durch freiwilligen Boykott offener Beschränkungen. Minister Severing gab der Erwartung Ausdruck, daß auch in einer wahrheitslieblich bevorstehenden Zeit schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen die Volksbühnen nicht verzagen und ihre großen Sendungen erfüllen würden. Schüler habe einst den Künstlern gesagt, ihre Aufgabe wäre es, die Würde der Menschheit zu wahren. Heute müsse der Appell mindestens an die Kunstgemeinden gehen: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben — wahrheit sei!

Sobann sprach Dr. Bourgeois, Köln. Er ging aus von einer Unterredung dessen, was Kunst bedeute. Was große Künstler schaffen, sei immer Wert des Volkes. Das, was in der Allgemeinheit vielleicht nur als Ahnung lebe, gewinne durch den Künstler seinen Ausdruck. Das Volk als mitwirkender Faktor im Kunstwert sei denn aber auch für seine Kunst verantwortlich.

Dr. Gebhardt, Frankfurt a. M. warf einen Blick auf die Entwicklungsgeschichte des Theaters. Dieser Bericht wurde ergänzt durch Ausführungen des Westdeutschen Bezirkssekretärs R. v. Zuehl, die über die besonders günstige Entwicklung der Volksbühnenbewegung in Westfalen berichteten. Sodann sprach der Vorsitzende der Berliner Volksbühne G. Springer, Aufsichtsratsmitglied der Preussischen Landesbühne, über die Aufgaben und die bisherige Tätigkeit dieser Gemeinschaft. Er legte ihre Arbeitsgebiete dar: Maßnahmen zur Herbeiführung einer besseren Wirtschaftlichkeit der Theaterbetriebe, planwirtschaftliche Ausnutzung der vorhandenen Theater zur Ver-

### Deutschvölkische Blutsaat.

Mit wehleidiger Miene leugnet die ganze deutschmonarchistische Presse jede Mitschuld an dem Meuchelmord ab, dem der Reichsminister Rathenau zum Opfer fiel. Kein Engel war je so rein, wie diese Unschuldslammer deutschmonarchistischer Prägung. Ausgelöscht und vergessen sind plötzlich all die häßlichen Verfeindungen, die heimlichen Verdächtigungen, die offenen Beleidigungen aller Regierungsmitglieder; sie waren noch in den letzten Tagen in jeder Spalte der deutschnationalen Presse zu finden, in Berlin wie in der Provinz, aber heute sind sie vollständig vergessen. Kein Schimmer einer Erinnerung besteht noch an die höhnische Art, wie man in der „Deutschen Tageszeitung“ von dem „Attentat mit der Klistierspritze“ in Kassel sprach, und an die dreifache Behauptung, Scheidemann habe wahllos in die Menge der Spaziergänger hineingeschossen ohne Rücksicht auf das Leben seiner Mitmenschen! Kurz und gut, all die politische Blausäure ist vergessen, und nur die blütenweißeste Milch der frommen Denkart ist übrig geblieben. Und deshalb klagen die Herrschaften schon jetzt Stein und Bein über die Ausnahmeverordnungen, noch ehe sie ihnen irgendwie fühlbar geworden sind.

Wie in Wirklichkeit die Hege getrieben wurde, zeigt ein Pamphlet, das den Titel führt: „Rathenau, der Kandidat des Auslands“, und dessen Autor der Führer des „Deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes“ Alfred Roth ist. Da heißt es u. a. auf Seite 4 der Schrift:

„Rathenau ist nunmehr der maßgebendste Kopf des Kreises von Personen, der in seiner Gesamtheit „Deutsche Regierung“ genannt ist. Ihre Politik des Wahn- und Überwies der Erfüllung — um die Richterfüllung zu beweisen — bringt das deutsche Volk zum Weißbluten. Das macht ihre Einstellung auf das System Rathenau...“

Auf Seite 8:

„Das aus Judentum geborene System Rathenau-Ballin und seine ungeheuerlichen Folgen sind letzten Endes die Sturmhaat gewesen, die Deutschlands Untergang herbeigeführt hat.“

Auf Seite 11:

„Damals (während des Krieges als Leiter der Rohstoffverwertung. Red.) und heute aber hat dieser Jude die wichtigste Stellung in der „deutschen“ Regierung inne. Jetzt hat sich offenbar der „Sinn der Weltgeschichte“ erfüllt: Das deutsche Volk liegt zu Boden und Judas Beauftragte schwingen über seinem Rücken als „Gerichtsvollzieher der Entente“ die Peitsche. Wie lange noch?“

Auf Seite 13:

„Der Strich ist gedreht, an dem wir Deutschen durch den Judentum immer tiefer hineingeführt werden. Dank Rathenau.“

Auf Seite 20:

„An uns liegt es, uns dagegen (Erfüllungspolitik Rathenaus. Red.) bis zum Äußersten zu wehren. Die Stunde naht, da wir gezogen werden. Deutschvölkische, seid bereit!“

Die Broschüre schließt mit den Worten:

„Wir harren der „kommenden Dinge“, erklären aber auch mit aller Deutlichkeit, daß in Deutschland für einen Trost-Rathenau keine Stelle ist. Wir sind zum Äußersten entschlossen und bereit.“

In einer Rede, die Alfred Roth am 23. März d. J. in Frankfurt a. d. Oder hielt, hat er nach wörtlichen stenographischen Aufzeichnungen u. a. gesagt:

„Ich behaupte, daß auch in Deutschland lebende führende Juden: Rathenau, Dernburg, Theodor Wolff und Harden während des Krieges bewußt und absichtlich unseren Feinden in die Hände gearbeitet haben, um Deutschland zu vernichten. Sonst wäre es nicht möglich, daß immer die Gestaltung der Dinge sich so vollzieht, daß die Deutschen grundtätlich und fortgesetzt die Gefährtesten und Leidtragenden sind. Es gibt eine Befreiung; vielleicht kommt sie rascher als mancher denkt, daß wir uns von der Umklammerung von diesem Judentum losmachen können.“

Am 8. Mai sprach derselbe Roth in Stettin. In dem Bericht des Stettiner „Volkshoten“ heißt es wörtlich:

„Roths Hebräer erstreckte sich wohl 4 Stunden lang gegen den Minister Rathenau, an dessen Person, Denten und Handeln er keinen guten Tegen ließ. Man muß es Herrn Roth lassen, er verstand es,

sorgung theaterischer Orte, Beeinflussung der Subventionierungen vor allen Dingen in der Richtung, daß die vorgegebenen Beihilfen aus öffentlichen Mitteln einer vollständigen Kunstpflege zugute kommen, Förderung der Volksbühnenbewegung aus der Erwägung heraus, daß nur durch die Schaffung von Besucherorganisationen eine geregelte Bedarfswirtschaft herbeizuführen sei.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst den Bericht des Geschäftsführers des Verbandes, Dr. Restriepke. Die Volksbühnenbewegung nahm im abgelaufenen Geschäftsjahr einen außerordentlich guten Aufschwung. 25 neue Volksbühnenorganisationen entstanden. Die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine stieg auf 50. Die Beiträge bewegten sich am Ende des Spieljahres in den verschiedenen Vereinen zwischen 6 und 14 M. Mehrfach wurden in den Vereinen Erwägungen über die Schaffung eigener Theaterbetriebe gepflogen. Mit Rücksicht auf das große Risiko solcher Gründungen sah sich aber der Verbandsvorstand meist genötigt, davon abzuraten. Die Volksbühnenorganisation Köln, die gleichwohl ein eigenes Theater übernahm, wurde dadurch in starke Bedrängnis gebracht. In Berlin macht es die auf 160 000 gestiegene Mitgliederzahl der Volksbühne allerdings möglich, auf sicherer Grundlage mehrere eigene Theater zu betreiben. Zu den bestehenden beiden Eigenbetrieben wird demnächst noch die „Volksbühne am Königsplatz“ treten, die der Verein Volksbühne in Berlin zurzeit mit einem Kostenaufwand von 32 Mill. M. herstellt. Das Verhältnis zu den städtischen Behörden war im allgemeinen gut. Auch die Reichs- und Staatsbehörden schenkten der Volksbühnenbewegung verstärktes Interesse und taten mancherlei zur Unterstützung der Propaganda. Es geschah dies nicht zuletzt aus der Erkenntnis heraus, daß durch die Schaffung von Volksbühnengemeinden der beste Weg gegeben sei, um den heute vielfach hoch subventionierten Theatern für die Zukunft eine gesicherte finanzielle Basis zu schaffen. Bei der Gründung der Preussischen Landesbühne wurden der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine und der Bühnen-Volkbund vom Kultusministerium herangezogen. Wenn dergestalt eine Zusammenarbeit zwischen der Zentrale der „freien“ Volksbühnen und dem „christlich-deutschen“ Bühnenvolksbund zustande kam, so wurde damit jedoch kein Kompromiß eingegangen. Ist doch die Aufgabe der Preussischen Landesbühne lediglich darauf gerichtet, durch eine planwirtschaftliche Organisation des Theaterwesens jeder gleich wie gerichtetem Besucherorganisation die Möglichkeit einer besseren Betätigung in ihrem Sinne zu schaffen. Der Referent betonte dann die Aufgaben, die noch zu lösen wären: einerseits müsse es gelten, die Volksbühnenidee in immer weitere Kreise zu tragen, andererseits bei den Mitgliedern der Volksbühnen immer mehr das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit an einer Kulturbewegung zu wecken, deren Ziel nicht nur eine Verbilligung des Theaterbesuches sei, sondern die Befreiung des Theaters von seinem Geschäftscharakter, seine neue Fundierung als Kulturtheater auf rein künstlerisch orientierte Besuchergemeinden.

Der letzte Verhandlungstag beschäftigte sich mit der Frage der Gestaltung des Spielplans. Privatdozent Dr. Biepe-Halle führt folgendes aus: In erster Reihe muß für die Arbeit der Volksbühne das Schauspiel stehen, auch wenn die

die mächtigste Pogromstimmung zu erzeugen. Wenn danach ein etwas pathologischer junger Mann auf den Weg des Verbrechens (in Raub- und Mord der Erzberger-Mörder) getrieben wird, sollte sich die Welt nicht wundern.“

Die Borausgabe unseres Stettiner Parteiblattes ist prompt eingetroffen. Das Opfer ist gefallen, aber die Deutschnationalen wäschen ihre Hände in Unschuld. Bisher haben sie peinlichst vermieden, von ihren deutschvölkischen Glaubensgenossen abzurufen. Sie werden wissen, warum!

### Die schwarzweißroten Heher.

In der jüngsten Nummer des „Aufrechten“, der sich in ungläublicher Blasphemie „Kämpfer für christlich-deutsche Erneuerung“ nennt, wird gegen den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe in der schamlosesten Weise gehetzt. Wir zitieren nur eine Stelle. Sie lautet:

Warum Genosse Löbe dem deutschen Volke die Schuldfrage ausgerechnet jetzt als vergifteten Dolch in den Rücken stößt, wissen wir nicht. Aber mag es dem deutschen Volke noch so sehr schaden: die Kriegsschuld muß der Monarchie aufgehängt werden. Sonst wäre ja der 9. November nicht gerechtfertigt; sonst wären heute Genosse Löbe nicht Präsident des „deutschen“ Reichstages; sonst wären die tausende kleinen und großen roten Sauger heute nicht in den fetten Stellen. Ja, das deutsche Volk mag darüber zugrunde gehen, die Partei mit allen ihren Schmarozern muß leben.

In diesem Sinne fragt der „Aufrechte“: „Gibt es da in Deutschland wirklich noch — sagen wir mal: Personen, die sich und das Vaterland mit der Wiederholung solcher Lüge beschmutzen? Leider Gottes — es leben noch solche Leute uns, und sie sitzen sogar in ganz „hohen“ Stellen dieser „deutschen Republik.“ Es heißt dann weiter: „Da ist der Präsident des „deutschen“ Reichstages, Genosse Löbe!“

Wer sind die Hintermänner dieser Zeitschrift? Wir zitieren sie so, wie sie angegeben werden:

Rgl. Kammerherr Birkel. Geh. Rat v. Berg, Rgl. Landrat a. D. v. Brochhausen-Justin, 1. Vorsitzender des Bundes der Aufrechten, Geh. Ob.-Konf.-Rat D. Dr. Conrad, Lehrer v. Dießner, Professor Charloite Engel-Reimers, Rgl. Landrat Dr. jur. Nikolaus v. Gerlach, Geh. Ob.-Reg.-Rat Frhr. v. Rathahn-Hermannsböh, Reichstagsabgeordneter D. Rumm, Rgl. Bayr. Kammerer D. Wüh. Frhr. v. Pechmann, Generalleutnant a. D. Ernst v. Reuter, Universitätsprofessor Geh.-Reg.-Rat Dr. Gustav Roethe, Arbeitersekretär Ruffer, General der Artillerie und Kriegsminister a. D. v. Stein, Reichstagsabgeordneter Graf Westarp und andere.

Herr v. Berg z. B. ist der derzeitige Chef des früheren hohenzollernschen Hausministeriums. Er ist der Vorläufer für die Ausbeutung des preussischen Staates durch die Hohenzollern auf dem Wege eines „Vergleiches“. Der unvermeidliche Intellektuellen zum Vorsitzenden der Goethe-Gesellschaft gewählt worden. Westarp gehört zu denen, die nach unserem Wissen es gestern auch vorgezogen haben, im Reichstag nicht zu erscheinen.

Die Sonnabendnummer des „Völkischen Beobachters“ vom 17. Juni bringt auf zwei Seiten Bilder und Verse unter der Ueberschrift „Genosse Ebert im Jenseits“. Der Reichspräsident wird im Himmel von Juden verhöhnt, von Franzosen, bei denen er sich anbiedern will, angespuckt, von einem früheren Sozialdemokraten als „Judenfnecht“ geprügelt, von Studenten zur Tür hinausgeworfen. Er bekommt „von keinem Hund ein Stück Brot“, dann wacht der Reichspräsident aus seinem Traum auf, empfängt den französischen Gesandten und versichert ihm, daß er alle Goldplomben in Deutschland herausbrechen und abliefern wolle. Das Gedicht schließt:

„Herausgebrochen, alle, schnell!  
Am Ersten ist das Gold zur Stell!  
Beginnen Sie bei Ihrer Frau.“  
Herr Ebert strahlt wie Morgentau:  
„Wir werden schon das Gold erfassen.“  
In einem Fall,  
In einem wird er's bleiben lassen!

Wir erwarten, daß in den oben zitierten Fällen von den zuständigen Behörden mit der vollen Schärfe ihrer gesetzlichen Rechte eingegriffen wird.

Wasser besonders zur Oper drängen. Falsch wäre es, lediglich eine „proletarische Kunst“ pflegen zu wollen unter Ausschaltung anderer Werte. Allerdings muß der proletarischen Kunst volle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es muß vor allem eine gewisse Volkstümlichkeit des Spielplans angestrebt werden. Im eigenen Willen wird sich die Volkstümlichkeit am ersten zur Geltung bringen. Aber deshalb kann ein mißliebiges, vor allem klassisches Stück, das gerade besonders stark wirken, weil hier das stoffliche Interesse fortfällt und eine stärkere Konzentration auf das rein künstlerische stattfindet. Das Tendenzdrama hat dort volles Recht im Spielplan, wo die Tendenz innerliches Erlebnis und künstlerisch gestaltet ist. Unter Umständen empfiehlt sich auf der Grundlage einer Reihe aller Mitglieder zuzulebender Vorstellungen eine Gabelung des Spielplans. Die eine Reihe kann dann mehr das volkstümliche Stück pflegen, die andere mehr komplizierte Werke bringen. Aber auch in die allgemeinen Vorstellungen muß in jedem Fall das Tunge, auch ein gewisser Expressionismus Platz finden, selbst wenn nicht alle „mitgehen“ können. Man muß von allen Mitgliedern die notwendige Ehrfurcht vor dem Kunstwert verlangen.

Im übrigen brachte die Tagung eine Neuformulierung der Satzungen und die Erledigung einiger geschäftlicher Fragen. Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand mit Kurt Baake als erster, Restriepke als zweiter Vorsitzender und Dr. Restriepke als Geschäftsführer wiedergewählt.

Der **Siebenschläfertag**. Mit einer gewissen Spannung und Sorge sehen gewisse Leute alljährlich dem Wetter des 27. Juni entgegen; heißt es doch in einer alten Bauernregel, daß es sieben Wochen lang dabei bleiben werde, wenn es am Siebenschläfertag regnet. Wissenschaftlich haben solche Wetterregeln zwar so gut wie keinen Wert, wenigstens nicht in der Form, in der sie bekannt sind. Dennoch ist auch in ihnen oft etwas Richtiges enthalten. Wichtig ist, daß sich zu bestimmten Zeiten bestimmte Witterungstypen herausbilden, die dann zuweilen längere Zeit anhalten. Es ist zum Beispiel so mit den Nachfrösten, die alljährlich in der ersten Hälfte des Monats Mai aufzutreten pflegen. Auch Ende Juni pflegt sich ein bestimmter Witterungstypus auszuprägen, der zuweilen in den nächsten Wochen anhält. Was für Wetter aber gerade am Siebenschläfertag sein wird, ist dabei ziemlich gleichgültig. Infolgedessen müssen die Sommerfrüher sich nicht ohne weiteres bangemachen lassen, wenn es am Siebenschläfertag regnet; die Hauptsache ist, daß es sich nicht langsam einregnet. Bei der gegenwärtigen Wetterlage muß damit allerdings gerechnet werden.

**Nationalblume.** Beim amerikanischen Repräsentantenhaus ist ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Margeritenblume zur Nationalblume zu erklären vorgeschlägt. — Es wird Zeit, daß wir uns auch nach einer solchen umsehen. Als zeitgemäß wäre eine Hungeregisse zu empfehlen, an der eine schwarzweißrote Wange sich mäkt.

**Neuzeitliche Schülerzeichnungen.** Die von einer Gruppe von Zeichenlehrern zusammengestellt worden sind, werden zurzeit im Ausschuss des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, gezeigt.



# Wenn die Republik ruft!

## Berlins Volk in Bereitschaft.

Als der Sonnabendmorgen heraufzog, da stand die Berliner Bevölkerung, die kommende graue-hohe Zeit nicht ahnend, wie gewöhnlich an jedem Sommersonnabend in den Vorbereitungen zu sonntäglicher Siedlungsfahrt, zur Wanderschaft, zur Reise. In der Tat verließen in der Zeit vom Sonnabend mittag bis in die Nacht hinein Zehntausende Berlin. Und dennoch, als die Tat rufbar wurde, da war der Eindruck allgemein: Das ist ein Angriff auf die Republik, auf das Volk. Und diese Tatsache genigte, um in weniger als vierundzwanzig Stunden wiederum eine Viertelmillion des arbeitenden Volkes auf die Beine zu bringen. Wären die abgewirklichten Tapergriffe der Reaktion und der ihnen gleichgeartete Nachwuchs in seiner künstlich aufgedunnter Mannlichkeit nicht so unglaubliche Hohlköpfe, so müßten sie schon längst eisehnt gelernt haben, daß gegen diese Tag und Nacht bereiten Organisationen der Massen nicht mehr aufzukommen ist. Der berühmte Vergleich von dem Ingenieur, der nur einen Hebel herumzuwerfen, auf einen Knopf zu drücken oder einen Schalter zu drehen braucht, um eine Riesenschlange in Gang zu bringen, traf auch hier wieder zu. Sonnabendabend haben die Führer in vollster Einmütigkeit die entsprechende Parole ausgegeben. Am selben Abend noch fand in gewohnter Sicherheit die Weitergabe der Parolen durch die Funktionäre und Unterfunktionäre statt. Die späte Nacht und der frühe Morgen fand jeden auf seinem Posten.

### Der Anmarsch durch die Straßen.

Wie schön der Farbenreißling Schwarz-Rot-Gold, vom Wind entfaltet in den Lüften sieht, konnte man an diesem sonnigen Frühsonntag sehen, und man hätte gewünscht, daß der Anlaß zur Entfaltung deutsch-republikanischer Flaggen ein freudiger gewesen wäre. So wehte alles halbmaß. Die Wilhelmstraße war in der Tat eine wahre Straße der Republik, die diesen Namen verdiente. Von den Häusern des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsministerien wehte die deutsche Flagge, während die preussischen Ministerien und Behörden, die früher deutsch und preussisch flaggten, meist preussisch, das heißt schwarz-weiß geflaggt hatten, wobei es sich herausstellte, daß das eigentlich gar keine rechten Flaggfarben sind, denn schwarz und weiß wird von dem Licht und seinem Schatten völlig aufgefressen. Die einzige schwarz-weiße und dazu ganz offizielle Flagge war auf dem Dach des Reichswehrministeriums gezogen worden; denn dieses Tuch mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte und dem bescheidenden schwarz-rot-goldenen Oberrand ist die Reichstruppenflagge. Auch die Eisenbahndirektion hatte geflaggt, ebenso Potsdamer und Anhalter Bahnhof. Einen merkwürdigen Anblick bot die Straße Unter den Eichen. Als man sie um die zehnte Morgenstunde betrat, lag sie ziemlich eindrucklos da. Am Pariser Platz zeigte einzig die Preussische Akademie der Künste ein zu der Farbenfreudigkeit der Kunst so gar nicht passendes preussisches Fräulein. Kultusministerium und Ministerium des Innern hatten natürlich geflaggt, aber der weite Hof vor dem Opernhaus mit dem Kranz staatl. Statist. Gebäude sah ziemlich leer aus. Offenbar hatte ein Teil der Hausverwaltung die Anordnung zur Flaggung verschlafen. Am Morgen waren nur das Opernhaus mit zwei preussischen Flaggen besetzt. Auf der Staatsbibliothek hing an einer Ecke die alte preussische Adlerflagge. Weder die drei Masten der Universität noch die der Universitätssaale, der alten Hauptwache, der ehemaligen Kommandantur, der Rationalgalerie (ehemaliges Kronprinzenpalais) und des Zeughauses zeigten Flaggenschmuck. Um 11 Uhr, im Anblick der unermesslichen Menge und der anmarschierenden Züge ging, in diesem Augenblick jedenfalls wie eine Huldigung vor dem Volk wirkend und als solche tief auch empfunden, auf dem hohen Dach des jahrhundertalten Hohenzollernschlosses die schwarz-rot-goldene Flagge des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes auf halbmast. Während der Demonstration hatten dann wohl etliche Hausverwalter Zeit gehabt, sich anzuschließen und die alten melancholeschen Preussenflaggen auszustauben und auszubürsten, denn als die Züge zurückkamen, fanden auch Universität, Universitätssaale und Zeughaus unter der Trauerflagge. Nun befindet über eine Bestimmung, nach der Gebäude, die mehrere Flaggmasten haben, neben der Landesflagge auch die Reichsflagge zu setzen haben. Aber weder die Universität, noch die Staatsbibliothek, noch das Opernhaus, die alle zwei Flaggmasten haben, hatten die Reichsflagge gezogen. Diese Unterlassung erleichtert Aufklärung. Von dem hohen Turm des roten Hauses in der Königsstraße aber grüßte die weiße rot geränderte Berliner Stadtschneide mit dem Bären zum Lustgarten hinüber. Private Trauerflaggen waren in der Innenstadt nicht zu sehen.

### Auf der Mördersuche.

#### Eine neue Bekanntschaft.

Technische Schwierigkeiten bei der Firma Raut u. Hartmann haben es verhindert, daß zur rechten Zeit ein Säulenanschlag erschienen ist. Die erste Bekanntschaft mit der Ausschreibung von 1 Million Mark Befolgung ist unterdessen durch die Ermittlungen überholt worden. Die Abteilung IA hat sie deshalb gestorn rebiigert und ergänzt und wird sie jetzt in dieser neuen Gestalt anfragen lassen. Es steht fest, daß die Täter am 24. d. M., vormittags um 10 Uhr 20 oder 25 Minuten in der Bismarckstraße, etwa 20 Schritt vor ihrer Einmündung in die Königsallee, gehalten haben. Die Spitze des Wagens war nach der Königsallee gerichtet, der Motor lief. Einer, der mutmaßlichen Täter, ging zwischen dem Wagen und der Königsallee auf und ab. Von dieser aus konnte er die Villa Rathenau beobachten, vor der um 10 Uhr dessen Wagen vorgefahren war. Der andere Täter sah im Wagen. Der Wagenführer sah auf seinem Sitze, beschäftigte sich dauernd am Spritzbreit und blickte sich dabei so tief, daß der Beobachter nur seinen Rücken sehen konnte. Dem Zeugen fiel das nachträglich auf.

#### Die Nummer des Wagens

vorn konnte der Zeuge nicht sehen, weil eine Decke vom Kühler her überhängte. Die hintere Nummer war weiß überstrichen oder durch eine weiße Scheibe verdeckt. Aus alledem geht hervor, daß dieser Wagen zu dem in allen Einzelheiten vorbereiteten Verbrechen benutzt worden ist. Nach seiner Beobachtung wanderte der Zeuge, wie wir schon mitteilten, weiter. Wie er bekundet, waren die Ledermäntel, die die Männer trugen, nicht neu, lediglich die 3 bis 3 1/2 Zentimeter breiten Riemen waren neuerer Art. Der Mann, der auf- und abging, trug zurzeit der Beobachtung keine Kappe, wohl aber später, als er hinter dem Wagen Rathenaus herfuhr und dann das Verbrechen ausführte, das der Zeuge aus einer Entfernung von 25 Schritten beobachtete, aber für eine gegenseitige Beschießung hielt. Der Täter trug auch eine Automobilbrille, die er aber hochgehoben hatte.

Aus den weiteren Befundungen und Ermittlungen ist noch eine als besonders wichtig hervorzuheben. Ein Mann kam um 11 Uhr vormittags, also nach dem Attentat, aber ohne daß er von ihm schon Kenntnis hatte, aus der Hagenstraße, um die Königsallee überquerend, in die Fontaneallee hineinzugehen. In diesem Augenblick kam ihm aus der Richtung der Bismarckstraße her ein Auto entgegen, das mit rasender Geschwindigkeit fuhr. Der Mann ist selbst Automobilist und beobachtete deshalb den Wagen,

### Die Massen im Lustgarten.

Schon vormittags um 11 Uhr war alles beisammen. Von oben gesehen ein dunkles Branden der Häupter, aber mehr helle Töne als sonst: die Sommerkleider der Frauen. Doch blieben die Menschen im Fluß. Noch bahnten sich Züge auf unerklärliche Weise offene Gassen durch das Gedränge, und eine gute Viertelstunde verging, bevor sich alles geordnet hatte und Ruhe eintrat. Schon um 11 1/2 Uhr hatte ein mit einer mächtigen schwarz-rot-goldenen Fahne wohlbewaffneter Jüngling den ersten Schritt auf das einzige Gebirge des Platzes, den zweiten erzeiten Wilhelm, unternommen. Die Klettertour war im Gange und mit allen Hindernissen des Hochgebirges vernüpft. Aber es glückte ihm doch, genau eine Viertelstunde nach 12 auf der höchsten Spitze der wilhelminischen Bilderdhabe anzulangen. So sah er nun wohlgeruhet und schwindelfrei und schwenkte die Fahne zu dem schwarz-rot-goldenen Regierungsbanner hinüber, das gerade auf dem Schloß zum Halbmaß aufstieg. Ja, es konnte beginnen. Alle Redner waren auf ihren Plätzen, man hatte sich gruppiert, als statt der erwarteten Worte zunächst wieder der Dom seinen langatmigen Glockenserman begann. Zunächst war das eine böse Unterbrechung, aber nach einem Weilschen geduldigen Wartens beruhigte sich auch das Geräusch. Es klang und dröhnte und warf noch verlorene Klänge dazwischen, als die ersten Redner begannen. Von zwanzig Stellen aus sprachen sie. Es war der Ernst der Stunde, der tief aus den Worten aller dieser Männer klang. Erste Worte an die Regierung, anhaltende Energie und Rücksichtlosigkeit zum Schutze der Republik und ihrer Einrichtungen fordernd, ernste Worte an die Massen,

## Arbeitende Jugend heraus!

### zur Republikanischen Jugendkundgebung!

Sente, Montag, den 26. Juni, 7 Uhr, im Lehrervereinshaus.

Redner: Haas-Karlruhe, Mag Westphal.

Verein Arbeiterjugendvereine Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstraße 3.

Alle Abteilungsveranstaltungen fallen aus!

selbst auf der Hut zu sein und in keinem Augenblick zu vergessen, was auf dem Spiele steht. Notwendig sei auch vor allem die Förderung des republikanischen Gedankens in einer tieferen und ernsten Weise, als es bisher der Fall gewesen. Verärgerung gegen Gleichgesinnte dürfe nicht mehr Platz greifen. Alles müsse auf das eine, auf die Erhaltung der Republik gerichtet sein. Ernst und würdig klangen die Worte aus. Keine überflüssigen Zwischenrufe, nichts, was nicht dem Ernst der Stunde angemessen gewesen wäre. Das Opfer des Mannes, der 24 Stunden vorher unter den Augen der Monarchistenfische gefallen war, hielt jeden einzelnen im Banne. — Als nach Schluß der Kundgebung die Züge sich wieder in Bewegung setzten und mit wehenden Flaggen abmarschierten, stellte sich an der Spitze am Zeughaus ein Arbeiter-Sangerverein auf. Ueber die Spree hinüber klang es: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“

Von Rednern unserer Partei sprachen: die Reichstagsabgeordnete Gen. Buchacz, Mitglied des Parteivorstandes, Reichstagsabgeordnete Gen. Jaeker-Ostpr., Polizeipräsident Gen. Lübbing-Königsberg, Reichstagsabgeordneter Bergarbeiterführer Gen. Löffler und Mitglied des Parteivorstandes Gen. Adolf Braun.

Die Arbeiter-Samariter hatten an sieben Stellen fliegende Rettungstenden eingerichtet, um bei Ertränkungen erste Hilfe leisten zu können. In einer Reihe von Fällen wurden sie in Anspruch genommen, doch handelte es sich fast nur um Ohnmachtsanfälle.

einen starken Lurenwagen, der nach seiner Schätzung die höchste Lurenzahl eingeschaltet haben mußte. Er sagte sich noch, wenn er mit derselben Geschwindigkeit nach Hundekühle weiterfahre und auf den nicht guten, zum Teil sandigen, schwarzen Weg gerate, so müsse sicher ein Unglück geschehen. In diesem Wagen befanden sich zwei dunkelgekleidete Männer, die keine Kapuzen trugen. Sie sahen aber nicht, sondern schienen aus der Polsterung zu knien und sahen über den hinteren Rand des Wagens hinaus. Es machte den Eindruck, als ob der Wagen irgend etwas angerührt, vielleicht jemanden überfahren habe, und daß die Insassen nun beobachteten, ob sie etwa verfolgt würden.

Nach der Beschreibung muß dieses Auto der Wagen mit den Mördern gewesen sein. Dann müssen sich diese in der Zeit, als sie nach dem gelungenen Anschlag durch die Ballot- und Rospertenzstraße herumführten, der Automobilmäntel, der Autofappen und der Brillen entledigt haben. Dafür, daß dieses der Wagen mit den Tätern war, spricht das rasende Tempo, in dem sie, wie es scheint, nach Hundekühle und Potsdam weitergefahren sind.

### Das Verbrecher-Automobil und seine Insassen.

Die wichtigste Befundung ist die eines Zeugen, der an der Ecke der Bismarckstraße ein Auto stehen sah. Da er sich für Kraftwagen interessiert, ging er um den Wagen herum, um ihn sich genauer anzusehen. So kann er ihn auch genau beschreiben. Es ist ein schwerer sechs-sitziger Lurenwagen von mindestens 45 bis 50 PS. Er hatte hinten ein kantiges verstellbares Verdeck, das den Eindruck einer Leiste mit recht breiten Kanten machte. Der Wagen ist von schwarzblauer Farbe. Der Wagen hat zwei Motorräder und eine dunkelgrüne gepirgte Polsterung, anscheinend nord, nicht Leder. Die Räder sind sogenannte Kronprinzenräder. Die Bereifung war verhältnismäßig neu, Continentalrecord mit Kettenlagerung auf der Laufläche der Räder. Das Auto hatte zwei große gelbe Messingcheinwerfer und zwei kleine elektrische Laternen zu beiden Seiten der Scheinwerfer, eine Hupe mit Schallhorn und Gummihorn und auf dem Trittbrett rechts einen Messingbehälter für die Karbidbeleuchtung.

Während der Herr den Wagen besah, sah der Chauffeur auf seinem Sitz am Steuer und ein anderer Mann im Wagen. Ein dritter Mann ging währenddessen auf und ab und gab dem Manne, der im Wagen saß, Zeichen. Dieser Mann war etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß, schlank und muskulös. Er hat dunkles, fast braunes, ins Schwarze schimmerndes volles Haar, ungestrichel in der Mitte geschichtet und an den Seiten und am Hinterkopf halblang gehalten, auffallend starke, über den Nasenwurzeln fast zusammengewachsene Augenbrauen, dunkelbraune Augen, eine hervorragende Adlernase, einen

kleinen dunklen Bart (gestutzt, Bürste), fast mit den Mundwinkeln abschneidend und ein blasses, etwas hageres Gesicht mit scharf angezeichneten Backenfalten. Der Mann ist etwa 24 bis 26 Jahre alt. Er trug einen braunen Ledermantel, der in der Mitte durch einen 3 bis 3 1/2 Zentimeter breiten braunen Lederrücken zusammengehalten wurde. Der zweite Mann, der im Wagen saß, ist schlank, aber kleiner als der andere. Er hat blonde Augenbrauen, kleinen Bart, blaue Augen und eine zierliche Nase, so daß das Gesicht ein fast mädchenhaftes Aussehen hatte. Auf der linken unteren Wange hat er oberhalb des Birkelinnadens nicht weit vom Mundwinkel entfernt eine deutlich sichtbare Narbe, die den Eindruck einer Schnurwunde machte. Seine Hände sind schlank und zierlich.

### Die Obduktion der Leiche.

Die Leiche des ermordeten Ministers wurde gestern, Sonntag vormittag, geleitet von seinem Privatsekretär Getiner, im Zinckergang mit dem Automobil eines Beerdigungs-Instituts nach dem Schauhaufe gebracht und dort von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Strahmann und Professor Fänkel in Gegenwart des Untersuchungsrichters Amtsgerichtsrat Großmann, des Staatsanwaltschaftsrats Jäger, des Oberregierungsrats Dr. Weiß, des Regierungsrats Dr. Hagemann und des Kriminalkommissars Schenck obduziert. Als Schießfachverständiger war Major Bachelin zugezogen worden. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß der Minister von fünf Schüssen getroffen und von ihren Kugeln durchbohrt worden ist. Wahrscheinlich ist der erste Schuß sofort tödlich gewesen. Nach dem Gutachten des Majors Bachelin ist ohne Zweifel mit einer Maschinenpistole geschossen worden. Das geht sowohl aus dem Einschlag der von der Polizei gefundenen Patronenhüllen als auch aus der Lage der Schüsse hervor. Entgegen anderslautenden Mitteilungen wird gemeldet, daß die Leiche nicht zerstückt oder entstellt ist. Sie wurde gleich nach der Obduktion von Staatsanwaltschaftsrat Jäger zur Beerdigung freigegeben, nach Ausstellung des Beerdigungsscheins sofort wieder eingefahrt und von Privatsekretär Getiner nach der Villa zurückgebracht und aufgebahrt.

### Segelungslück auf dem Wannsee.

Von einem Segeldampfer gerammt.

Der Personendampfer „Berlin“ von der Sternsefellschaft legte gestern nachmittag gegen 4 Uhr von Potsdam kommend an der Haltestelle Cladow an und fuhr nach kurzem Aufenthalt zwischen den Ufern und der Insel Omden nach Wannsee weiter. Auf dieser Fahrt erfolgte ein Zusammenstoß mit einem Segelboot, das von drei Personen besetzt war. Zwei der Insassen, Dr. Karl Kretschmer aus der Rosenheimer Str. 10 und seine Gesellschafterin Fräulein Schutz eriranken. Der dritte Insasse, der Buchdruckereibesitzer Großmann aus der Stallfriederstr. 57, klammerte sich an den Dampfer, und es gelang ihm, wenn auch erschöpft, zu retten. Die Kriminalpolizei ist mit der Ermittlung der Schuldfrage beschäftigt.

Ein ungewöhnlich heftig auftreternder Wirbelwind, der sich namentlich auf den östlichen Wasserstraßen zu einem wahren Orkan entwickelte, setzte gestern abend gegen 7 Uhr plötzlich ein. Viele Ruder- und Segelboote wurden vollgeschlagen und kenterten, anderen brach der Mast. Vor dem Reichsdorfer Gemeinde am Kuggelsee lagen einige hundert Boote, denen infolge des Sturms die Rückfahrt abgeschnitten war. Eine ungeheure Sandwolke setzte über den See und erschwerte das Hindurchfahren der Rettungsboote. Ob und wieviele Personen ertrunken sind, läßt sich noch nicht feststellen. Erst gegen 10 Uhr abends ließ das Unwetter nach.

### Sport.

- | Radrennen zu Nubben am Sonntag, den 25. Juni. Gesellschafts-Rennen (30 000 Mark, 200 Meter): 1. W. Müller-Carino (Dei.); 2. G. Heine; 3. Heine V. Tot.; 4. W. G. Heine; 5. G. Heine; 6. G. Heine. |  |
|---|--|
| 2. G. Heine (10 000 Mark, 200 Meter): 1. G. Heine; 2. G. Heine; 3. G. Heine; 4. G. Heine; 5. G. Heine; 6. G. Heine.   |  |
| 3. G. Heine (10 000 Mark, 200 Meter): 1. G. Heine; 2. G. Heine; 3. G. Heine; 4. G. Heine; 5. G. Heine; 6. G. Heine.   |  |
- Das Hamburger Verden, das gestern gefahren wurde, wurde von Hausmann (Rhein-Wahl) gewonnen, während der Weindorfer Dampf nur den vierten Platz behaupten konnte. Zweites wurde die Gräbiger Stadt 11 Punkte, dritter Antis.
- Wetz genant ten Deutschen Volkspartei. Gleich bei Beginn des Rennens fegte ein heftiger Windsturm über das Feld. Der Fahrer war bemusehelt ein nur recht langsam. Er sah aber das Wetter wieder aufklären, legte der vom Start bis durchs Ziel an der Spitze liegende Weis ein renommiertes Tempo vor. Kruppel, unter Gepperts Führung, hielt sich noch am besten zu Weis. Die anderen drei Teilnehmer erlitten die üblichen Motor- und Radschläge. Ein 5-Kilometer-Räderfahren gewann Kruppel in vierundzwanzig Min. 40 Sek. mit 1.05 Kilometer. Die anderen drei Fahrer waren: 2. Kruppel 29,270 Kilometer, 3. Strohmann 28,990 Kilometer, 4. G. Heine 28,990 Kilometer.
5. 2-Kilometer-Räderfahren: 1. Kruppel 4 Min. 30 Sek., 2. Weis 40, 3. G. Heine 40, 4. Kruppel 40, 5. Strohmann 40. 10-Kilometer-Räderfahren: 1. Kruppel 12 Min. 30 Sek., 2. Weis 140, 3. Strohmann 140, 4. Kruppel 140, 5. Kruppel 140. 20-Kilometer-Räderfahren: 1. Kruppel 25 Min. 30 Sek., 2. Weis 300, 3. Kruppel 300, 4. Kruppel 300, 5. Kruppel 300. 40-Kilometer-Räderfahren: 1. Kruppel 50 Min. 30 Sek., 2. Weis 600, 3. Kruppel 600, 4. Kruppel 600, 5. Kruppel 600. 80-Kilometer-Räderfahren: 1. Kruppel 100 Min. 30 Sek., 2. Weis 1200, 3. Kruppel 1200, 4. Kruppel 1200, 5. Kruppel 1200.

### Bezirksvorstand.

Sente, abds. 6 Uhr, wichtige Sitzung im Sekretariat, Lindenstr. 3. Alle Bezirksvorstandsmitglieder müssen anwesend sein.

Jungsozialisten. Genosse Kurt Helzig spricht in der heutigen Versammlung über „Das Gebot der Stunde“ um 8 Uhr im Konferenzsaal der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3, 4. Hof 4 Treppen.

Die vorliegende Abendausgabe des „Vorwärts“ erscheint in verstärktem Umfange. Sie enthält teilweise das Material der heute Morgen für den Straßenverkauf erschienenen Sonntagsausgabe.







Die Abrechnung im Reichstag.

Die historische Sonntagsitzung des Reichstags, über die bereits unsere Sonderausgabe berichtete, nahm folgenden Verlauf:

Vor dem sehr stark besetzten Hause, den überfüllten Tribünen — Tausende hatten einfach nicht finden können —, der Reichsregierung und den Ministerpräsidenten der Länder eröffnete Präsident Loh die Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten. Er nimmt zunächst Stellung zu dem Zwischenfall vor der Sonnabendssitzung und erklärt: Die furchtbare Erregung über die Mordtat an dem Reichsminister Dr. Rathenau hat gestern vor diesem Hause zu Zusammenstößen geführt, die in der Presse vielfach unrichtig dargestellt wurden. Es wurde behauptet, der Abg. v. Schoch sei schwer verletzt worden und in München sollen Plakate angehängt worden sein, wonach er halbtot geschlagen wurde. (Zuruf: Unerhört!) Demgegenüber stelle ich fest, daß der Abg. v. Schoch weder die entsetzliche Tat gerechtfertigt hat, noch erschlagen wurde. Der Abg. v. Schoch erklärt selbst, daß von Schlägen keine Rede sei. Die Ursache zu dem Zwischenfall war ein Mißverständnis zwischen den Abg. Bräunlich und Gumpel. Beide Teile haben ihr Bedauern ausgesprochen, dem ich mich anschließe.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Wels (Soz.):

Eine Welle der Empörung und leidenschaftlichen Erregung geht über unser Land. Mut und Haß vermischte Herr Hefferich am 23. Juni in der Rede des Reichsministers Rathenau. Mut und Haß, blinde Wut und fanatischer Haß haben jetzt ihr Opfer gefordert. Von der Tribüne des Reichstages zu Wut und Haß aufzurufen, haben organisierte Mörderbanden ein Menschenleben gefüllt, das sich opferwillig ganz in den Dienst seines Volkes und Vaterlandes gestellt hat. (Sehr wahr! links.)

Die deutschösterreichische Hehe

zeitigt ihre Erfolge. Die wüste Kassenhehe der sich germanisch nennenden Gewalttäter ist eine ungeheure Gefahr für die Zukunft unseres Staatslebens. Sie nennen sich „christlich“, diese Heher. Die Gefahr ist so groß geworden, daß sich allen nur der eine Gedanke aufdrängt: Es ist genug! Bis hierher und nicht weiter! (Erneute Zustimmung links.) Allen den Propagandateuren aber sage ich das eine: Dieser Jude, den Sie gefällt haben, war ein so guter Deutscher, wie nur je einer in Deutschland einmal geboren worden ist. (Sehr wahr! links.) Und dieser Jude war ein wahrer Christ, mehr als einer, der sich so nennen darf, die heute die Mörderbanden im Lande bewaffnen und besolden.

welt mehr auch als die ganze christliche deutschnationalistische Presse, die die politischen Mordmorde der Vergangenheit feiert, das mißglückte Attentat auf Scheidemann zum Anlaß nahm zu Spott und Hohn und die vergiftete Atmosphäre geschaffen hat, in der allein diese Tat gedeihen konnte. Wir haben davor gewarnt, durch die Mittel der Demagogie unser Volk in immer tieferes Unglück zu stürzen. Unsere Warn- und Warntöne verhallen ungehört und deshalb verziehe ich heute darauf, nochmals zu warnen. Über hören Sie die Stimme des Toten, hören Sie, was er, der heute mit zerrissenem Körper auf dem Totenbette liegt, prophetisch verkündete als die notwendige Folge dieses demagogischen Treibens! Hören Sie die Anklage, die der Tote Ihnen ins Gesicht ruft! Halten Sie Einkehr! (Der Redner verliest die unseren Lesern aus der Sonntagsnummer bekannten Äußerungen Rathenaus über die Folgen der Demagogie.) So hat der Tote im voraus die Hehefele beurteilt.

die jetzt aus den Spalten der deutschnationalistischen Presse spricht, wenn sie zu der Mordtat Stellung nimmt. (Sehr wahr! links.)

Die deutschnationalistische Partei hat niemals eine scharfe Grenzlinie gegen die deutschösterreichische Bewegung gezogen, in der die Mörder zu suchen sind. Die deutschösterreichische Bewegung ist heute noch ein Teil der deutschnationalistischen Partei. (Zuruf links: Wulle!) Ja, nie und nimmer, sind die Deutsch-Österreichischen sogar der einflussreichste Teil der Deutschnationalen. Darum und nicht etwa, weil wir glauben, daß die offiziellen Führer der deutschnationalistischen Partei den politischen Mord begünstigen — darum machen wir die

Deutschnationalistische Partei für den Mord verantwortlich.

(Zustimmung links.) Von dieser Verantwortung kann die Partei sich nur freimachen, wenn sie die Grenze zieht zwischen sich und den deutschösterreichischen und hilft, die deutschösterreichischen Mordtäter auszuheben. Ich frage die Deutschnationalen: Sind Sie bereit dazu, das zu tun? (Rufe links: Antwort! Antwort!) Dann kann ich feststellen: Bisher haben die Deutschnationalen das Gegenteil davon getan. Es konnte ja auch gar nicht anders sein; denn sie bilden ja mit jener Gruppe, auf deren äußerstem Flügel die Mörderorganisationen stehen, ein solides, einheitliches Parteigebilde. (Sehr wahr! links.) Die deutschnationalistische Partei bildet für die Mörder das schützende Dach. (Zuruf: Zustimmung links.) Sie (nach rechts) könnten der Hydra des politischen Mordmordes den Kopf abschlagen, wenn Sie wollten. Sie haben das Gegenteil davon getan. Das Gegenteil hat vor allem einer von Ihnen getan: Hefferich! (Stürmische Zurufe links: Wulle! Wulle!) Hefferich war der Führer der Heher gegen Erzberger. Er trieb den persönlichen Kampf in vollendeter Gehässigkeit so lange, bis der Mann tot am Boden lag. Ruhe das nicht Hefferich zur Vorsicht mahnen? Er hat sich durch seine Erfahrungen nicht abschrecken lassen, er hat die Hehe fortgesetzt, und dieser Mann, Hefferich, von dem das mildeste Urteil lautet, daß er sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt ist, daß er moralische Hemmungen nicht kennt, das ist ein Führer der deutschnationalistischen Partei. Möge dieser Mensch endlich aus dem öffentlichen Leben verschwinden. Das ist der einzige Dienst, den er seinem Volke noch leisten kann.

Wir fordern ein rücksichtsloses Vorgehen

der Regierung gegen die Geheimorganisationen, rücksichtsloses Verbot aller Regimentsfeiern und Appelle und rücksichtsloses Zugreifen von der Regierung, die uns im Namen des deutschen Volkes dafür haftbar ist. Wir erkennen die Schwierigkeiten, die in dem reaktionären Beamtenheer einem wirkungsvollen Schutz der Republik entgegenstehen. (Zuruf links: Aufdräumen!) Wer der Republik nicht dienen will, soll darauf verzichten, in ihrem Dienst zu sein.

Wir fordern, daß der Zustand der Verordnung auf das schnellste abgelöst wird durch gesetzgeberische Maßnahmen, die die Mängel beseitigen, die wir heute noch in der Verordnung des gestrigen Tages erblicken.

Die Justiz in Deutschland ist ein Skandal.

der zum Himmel schreit. (Zuruf: Zustimmung links.) — Zuruf des Abg. Hoffmann (Usoz.): Wer ist denn verantwortlich dafür? Glauben Sie, daß es einen Menschen gibt, der den Freispruch Killingers und den Wahrspruch der Geschworenen versteht? Dieser Freispruch wird aber einem jeden verständlich, wenn er erfährt, daß der die Anklage vertretende Staatsanwalt es abgesehen hat, den Beamten zu vernachlässigen, der die Spur Killingers entdeckte, und der Zeugen angeben konnte, daß Killinger, ehe es ihm gelang, Schutz und Versteckung als Mörder für Erzberger zu

dingen — an mehrere Personen in München herangetreten war, um sie unter Geldangebot für den Mord an Erzberger zu gewinnen. (Zuruf: Hört, hört! links.) Hier ist der Fall, der den Staatsgerichtshof zuerst zu beschäftigen hat.

Das deutsche Volk ist gutmütig.

ist leicht vergeßlich. Wir wäre es sonst möglich, daß jetzt in der Liquidierung des furchtbaren Krieges die Reaktionen so dreist wieder auftreten könnten! Wie bei dem Zusammenbruch, so sind die Nationalisten und ihre Presse auch heute in Feindschaft und Bewissenlosigkeit dabei, die Schuld auf andere zu wälzen. Sie arbeiten geschlossen daran, die Spuren der Mörder verwischen zu helfen. Etwas anderes ist es nicht, wenn das „Deutsche Tageblatt“ plötzlich erklärt, eine Weibergschichte stehe hinter dem Attentat. (Zuruf links: Psui! Empörend!) Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, man solle die Attentäter in linksstehenden Kreisen suchen. Andere Rechtsblätter wieder suchen das Attentat mit dem Vertrag von Rapallo in Verbindung zu bringen. All diese Redereien und Schwägerien dürfen das Volk nicht irremachen, und wir betonen: Unsere Nachsicht mit den Mörder ist zu Ende!

Schuldig an dem Verbrechen sind nicht nur die, die Kopf und Hand dafür hergaben, sondern auch jene Kreise, die ihre Gelder zur Verfügung stellten. Das Vermögen dieser Schurken müßte dem Staat verfallen sein und eingezogen werden. (Zustimmung links.)

Dann aber in dieser ersten Stunde eine Warnung: Jeder Versuch irgendeiner Behörde, die Verordnung gegen die linksgerichtete Arbeiterschaft anzuwenden, muß und wird von der Arbeiterschaft entschlossen zurückgewiesen werden. Verschwinden müssen die reaktionären Symbole der alten Monarchie.

Wir Sozialdemokraten sehen und sehen in der roten Fahne das Symbol unseres Kampfes für Völkerverbrüderung. Wir sehen in den schwarzroten Fahnen das Bekenntnis zur Republik und zum friedlichen Aufbau. Die schwarzweißrote Fahne hatte früher viele Anhänger, die durch die Lehren des Krieges in unsere Reihen kamen. Heute ist die

Schwarzweißrote Fahne die Mörderfahne.

(Zuruf: Beifall links. Händeklatschen auf den Tribünen.) Mit harter Faust muß jetzt zugegriffen werden, denn die Gefahr wächst. Die Mörderzentralen versuchen

In allen Städten unseres Landes Mörder

zu werben. Am 3. Mai empfing der Bruder Tillessen, der Mörder Erzbergers, einen Agenten, um ihn über seine Aufgaben zu informieren. In dieser Instruktion entwickelte Tillessen sein Programm, das in der Wiedererrichtung der Monarchie gipfelte, allerdings ohne Wilhelm II. Er sagte, es müsse mit aller Energie und mit den stärksten Mitteln vorgegangen werden. Als eines dieser Mittel bezeichnete er Provolationen. Und die Reichswehr rechnete er zur hauptsächlichsten Stütze der Reaktion (Er: Unruhe im Hause! Stürmische Rufe links: Ein Skandal! Unerhört!) Daß die Reaktion bei den aus den Provolationen sich ergebenden Unruhen und Gewalttaten die Oberhand behalten werde, war für Herrn Tillessen selbstverständlich. Auf eine Frage des Agenten, was er denn unter Provolationen verstehe, nahm Herr Tillessen das Bild seines Bruders, des Erzberger-Mörders, vom Schreibtisch mit den Worten: „Das ist mein Brüderchen, der hat das erste Schwein gefressen.“ (Zuruf: Pfui! links. Er: Unruhe im Hause.) Am Bahnhof brüdete Tillessen dem Agenten dann 20000 M. in bar und ein Billet für den D-Zug nach München — natürlich — in die Hand. Hier wurde der Agent am 5. Mai beim Kapitänleutnant Hoffmann eingeführt, der die Leitung der Organisation „Consul“ hatte. Hier erhielt der Mann weitere 2000 M. Herr Hoffmann erklärte, das beste Mittel zur Beseitigung der Demokratie sei die

Beseitigung linksgerichteter Führer.

(Hört! Hört!) Nach Erzberger kämen vielleicht Minister Rathenau und Scheidemann in Frage. Der Agent erhielt den Auftrag, hier in Berlin einen ihm unbekanntem Herrn aufzusuchen und diesen nach Kassel zu begleiten, um ihn dort über die örtlichen Verhältnisse zu informieren. Hier haben wir es zweifellos mit dem Mann zu tun, der das mißlungene Attentat auf Scheidemann begangen hat. (Hört! Hört!)

Wir fordern die Verfolgung und Aufhebung dieser Geheimorganisationen, rücksichtslose Verhaftung der Verdächtigen, gleichviel, ob sie aktiv oder als Geldgeber der Mordorganisationen sich betätigen, Verbot der Regimentsfeiern und Appelle.

Verbot der schwarzweißroten Mörderfahne.

Reorganisation vor allem der Reichswehr und Reinigung der Schupo von allen reaktionären Elementen. Wir fordern die Reorganisation der Justiz und auch besonders der Staatsanwaltschaft. (Zuruf: Beifall.)

Das ist notwendig, wenn wir daran denken, daß in Preußen tatsächlich an Stelle des erkrankten Herrn Jehnhoff der Staatssekretär Müggel die Geschäfte führt, von dem wir sagen können, daß es gleich wäre, ob an seiner Stelle gleich Herr Hergt die Staatssekretär-geschäfte für Justiz in Preußen in der Hand hätte. (Zuruf: Zustimmung links.) Und auf der gleichen Höhe steht unser Vertrauen zur Justiz in Preußen, wenn wir daran denken, daß der Personalreferent im Justizministerium der Vorsitzende des deutschnationalen Wahlvereins in Danzig ist. (Zuruf: Hört! Hört!), daß diesem deutschnationalen Parteiglieder die Staatsanwaltschaften des ganzen östlichen Preußens unterstellt sind.

An die Arbeiterschaft richte ich den Mahnruf: Laßt Euch nicht provozieren! Macht die Hoffnungen der Reaktion auf Pusche und Gewalttätigkeiten ruhlos, schließt Euch zusammen zum Schutze der Republik. In Eurer Hand liegt die Zukunft unseres Volkes. Nieher mit der Reaktion! Es lebe die Republik! (Von anhaltender stürmischer Beifall links, in der Mitte und auf den Tribünen.)

Abg. Marg (Z.): Der Mann, der jetzt ermordet vor uns Mann von hohem Gedankenflug und reinem Herzen. Aus einer weit über Deutschlands Grenzen hinaus angelegenen Stellung hat er sich auf den ersten Ruf des Präsidenten in den Dienst des Staates gestellt. Uns dieses Mannes gerade in der heutigen Zeit, gerade jetzt, wo wir in so schweren Verhandlungen mit dem Auslande stehen, durch Mordereignisse beraubt zu haben, damit hat man ein Verbrechen an Deutschland begangen, das durch irdische Strafe nicht zu sühnen ist.

Der Bestand der Republik ist wieder in Gefahr, Wanken und Schwanken gibt es nicht mehr. Es muß entschieden werden: Die Republikaner, die Andersdenkende. (Zuruf: Beifall.) Wer Gegner der Verfassung ist, möge es offen sagen, aber er ist dann auch Gegner des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.) Ich kann nicht verschweigen, daß die deutschnationalistische Presse seit Monaten darauf ausgeht, in geradezu unverantwortlicher Weise die politischen Verhältnisse anzuspornen. Die Ueberlieferung, die die „Deutsche Tageszeitung“ einem Artikel über das Attentat auf Scheidemann gegeben hat, hat auch mir wirklich die Schamröte ins Gesicht getrieben.

Das Zentrum stellt sich einmütig hinter die Regierung und erklärt die Verordnung des Reichspräsidenten für durchaus begründet und gerechtfertigt. Nicht das patriotische Wortgeplänkel, die Häufung nationalstiller Phrasen ist nationale Ge-

innung. National sind wir, die wir mit den Demokraten und Sozialdemokraten im Dienste des Vaterlandes politisch arbeiten. Niemals wird das Zentrum als politische Partei das vergessen, was unter dem alten Regime ihm mit Ausnahmegelegenheiten angehan wurde. Wir billigen auch die weitere Ausdehnung der Strafbrohung auf Beschimpfungen der Person des Reichspräsidenten und der Regierungsmitglieder. Dem Linken auf diesem Gebiete muß endlich ein Ende gemacht werden.

Die Agitation gegen das Umfagenverfahren, die in bäuerlichen Kreisen der Rheinprovinz getrieben wird, die der Rechten nahesteht, wird von der sozialistischen Bewegung benutzt, um die Rheinprovinz in ihrer Treue gegen Deutschland zu erschüttern. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn in dieser Weise, wie es Herr Hefferich tat, hier von der Tribüne geredet wird.

Auch von dieser Stelle aus möchte ich den Ministern zurufen, daß sie im eigenen Interesse gut daran tun, einmal einen persönlichen Weg einzuschlagen. Ich schließe mit der Erklärung: Wir treten hinter die Regierung, wir vertreten einmütig bis zum letzten Mann die Politik, die vom Reichskanzler Wirth, unserem Wirth, in Deutschland inaugurieren und durchgeführt worden ist.

Abg. Dr. Hergt (Dnat.) wird beim Betreten der Rednertribüne von der Linken mit stürmischen Entrüstungsrufen empfangen. Die Sozialdemokraten verlassen geschlossen den Saal. Ledebour ruft: Hier bleiben! Wir wollen den Angeklagten hören und dann antworten!

Dem Präsidenten Loh ist es fast unmöglich, Ruhe herzustellen. Der Redner wird fast nach jedem Satze von der äußersten Linken mit stürmischen Rufen, wie „Heuchler“ und „Mörder!“, „Unerschämtheit!“ und „Freiheit!“ unterbrochen.

Hergt erklärt, daß die deutschnationalistische Volkspartei von tiefster Entrüstung und Empörung über die verrückte Tat erfüllt ist, der Minister Rathenau zum Opfer gefallen ist, und anerkennt, daß außerordentliche Maßnahmen der Reichsregierung nötig sind. Er bemängelt aber, daß diese Verordnung sich ausschließlich gegen die Rechtsparteien richtet und befürchtet, daß der Staatsgerichtshof schon in seiner Zusammenfassung einen politischen Charakter erhält. Die Deutsche Volkspartei wird daher die Verordnung als mit dem Geist der Verfassung nicht vereinbar bekämpfen. (Bravo! rechts. Lebhaftes Pfuirufe links.)

Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aus einer Notlage erwachsen, die durch Ausschreitungen und Kundgebungen rechtsradikaler Kreise entstanden ist. Irgendwelcher Anlaß zu Befürchtungen linksradikaler Ausschreitungen liegt nicht vor. (Zuruf: Sehr richtig! links.) Eine Verordnung, die sich auf bisher gar nicht vorliegende linksradikale Ausschreitungen mitsprechen würde, würde dem Geist des Artikels 48 der Reichsverfassung widersprechen.

Befürchtungen der Arbeiterschaft, daß auch diese Verordnung gegen links angewendet werden würde, sind völlig unbegründet.

Die Fassung „Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform“ ist nach eingehender Prüfung gewählt worden, um klarzustellen, daß rechtsradikale Gewalttaten gemeint sind.

Weiter habe ich zu bemerken: Die lange Liste der ungeführten Verbrechen gegen linksstehende Politiker läßt, das betone ich hier nicht zum erstenmal, die von den sozialistischen Parteien längst geforderte Amnestie unerlässlich erscheinen. (Zuruf: Bravo! links.)

Ich darf im Namen der Reichsregierung erklären, daß das Gesetz zum Schutze der Republik, das dem Reichstag alsbald zugehen wird, die politische Amnestie bringen wird (Erneutes Bravo! links), und ich gebe der festen Erwartung Ausdruck, daß sie durch weitgehende Amnestien der Länder ergänzt werden wird. (Zuruf: Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Celsien (U. Soz.): Wer Hergt während seiner Rede ins Gesicht sah, hat deutlich das Rainszeichen auf seiner Stirn gesehen. Wir wissen sehr wohl, daß die Deutschnationalen sich, solange ihre Kreaturen in den behördlichen Stellen der Verwaltung und der Justiz befinden, Ausnahmeverordnungen nicht zu fürchten haben. Um so mehr hat die Arbeiterschaft die Pflicht, auf dem Posten zu sein. Der gemeinliche Minister war unser politischer Gegner, aber er genoh auch als solcher durchaus unsere Achtung, weil er das Beste für das deutsche Volk erstrebt hat. Hergts Behauptung, die Deutschnationalen seien nicht schuld an dem Verbrechen, kann nicht bewiesen werden, sie ist nichts als eine Spiegelgeschichte. (Zuruf: Sehr richtig! links.) Zahlreiche Pressestimmen und Kundgebungen aus dem Lager der Rechtsparteien haben die Atmosphäre geschaffen, die zum Mord führte. In Oberfeld haben z. B. nach dem Bekanntwerden der Ermordung Rathenaus

Hakenkreuzler Siegeslieder gesungen.

(Stürmische Entrüstungsrufe auf der Linken.) Hunderte von Beweisen liegen vor von der Mißgunst der Deutschnationalen. Sie zeigen, daß die deutschnationalistische Partei eine ausgesprochene Mörderorganisation ist. (Zuruf: Sehr wahr! links.)

Wir haben dafür zu sorgen, der alten Offizierskaste, die jetzt nicht mehr in Massen morden kann und dafür gegen die eigenen Volksgenossen wütet, das Handwerk zu legen. Die Verbrecher müssen da ausgemerzt werden, wo man sie antrifft.

Die Ausnahmeverordnung muß durch gesetzliche Maßnahmen alsbald abgelöst und darf nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden. Gegen den Staatsgerichtshof haben wir einige Bedenken.

Aus der Schupo und Reichswehr müssen alle Offiziere entlassen werden.

Das Vermögen der ehemaligen Landesfürsten muß zur Wiedergutmachung verwendet werden.

Wenn die Regierung versagt, dann zwingt sie die Arbeiter zur Notwehr, dann werden die Gewalttaten mit Gewalttaten beantwortet werden. (Stürmischer Beifall links.)

Reichskanzler Dr. Wirth:

Meine Damen und Herren! Es war nicht möglich, gestern den Werdegang des Ministers Rathenau und seine Verdienste um das deutsche Volk und die deutsche Republik ausgiebig zu würdigen. Es war auch nicht möglich — und ich persönlich müßte als sein Freund das mit besonderer Bewunderung tun —, über die großen Entwürfe seiner Seele zu sprechen. Allein, meine Damen und Herren, eins will ich heute in Ihrer Mitte doch sagen: Wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Ideen, auf sein Wort, auf seine Initiative hätten bauen können, dann wäre es die Arbeit des Dr. Rathenau bezüglich der großen Schicksalsfrage der Alleinherrschaft Deutschlands am Kriege gewesen. Hier sind große Entscheidungen jäh unterbrochen worden, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals vor ihrem Volke wieder gutmachen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Rede des Abgeordneten Dr. Hergt mit steigender Enttäuschung gefolgt. Ich habe erwartet, daß heute nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgte, sondern daß diese Gelegenheit benutzt worden wäre, um einen Strich zu ziehen gegen die, gegen die sich die leidenden



schonlichen Anklagen des Volkes in ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, daß von dieser Seite heute ein Wort solle, um auch einmal in die eigenen Reihen zur Ordnung zu rufen, die an der Entfaltung der Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen.

Wie weit die Vergiltung in Deutschland geht, will ich nur an einem Beispiel zeigen. Ich verstehe, daß man an der Politik der Regierung, an unserem Verhalten Kritik üben kann. Warum nicht? Ich verstehe auch ein scharfes Wort, verstehe auch Hohn und Spott im politischen Kampf, und ich verstehe auch die Verzerrung zur Korruption. Ziel und Richtung unserer Politik aber sollte Gemeingut dieses ganzen Hauses sein. Ziel und Richtung unserer Politik ist die Rettung der deutschen Nation. (Lebhafte Zustimmung.) Die Methode, meine Damen und Herren, die ist strittig.

In Fragen der Methode aber sollten sich Söhne des deutschen Volkes mindestens mit der Hochachtung begegnen, die es uns ermöglicht, vor dem Ausland als eine einheitliche Nation überhaupt aufzutreten.

(Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Wenn wir nun die Politik der letzten Jahre überschauen, so hat es, wie ich Ihnen sagen darf, herbe Enttäuschungen gegeben. Tiesster Schmerz hat sich in unsere Seele dann und wann gefenkt, und wir haben das Zittern des deutschen Volkskörpers in seiner Arbeiter- und Beamtenerschaft erlebt. Nun glaubt ein Reichstagskollege, der von Forderungen über neue Beträge spricht, die notwendig sind, um die Arbeiter und Beamten in ihren Bezügen aufzubessern, in seinem Blatt folgendes schreiben zu können:

„Die jetzige Regierung ist in Wirklichkeit nur eine, vom Deutschen Reich zwar bezahlte, Angestellte der Entente, die ihre Forderungen und Vorschriften einfach zu erfüllen hat; sonst wird sie einfach auf die Straße geleht und ist brotlos.“

Können Sie sich eine größere Entwürdigung von Menschen denken, die, wie wir, seit Jahresfrist an dieser Stelle stehen! Steigt Ihnen (zu den Deutschnationalen gewendet) da nicht auch die Schamröte ins Gesicht? (Lebhafte Rufe: Ramez nennen!) Das „Deutsche Tageblatt“, Herausgeber Reinhold Wulle.

Aber, meine Damen und Herren, die Sache hat noch eine größere Bedeutung: hier liegt nicht nur eine redaktionelle Verantwortung vor, sondern dieser Artikel mit den schmählichsten Beleidigungen ist ausdrücklich gezeichnet von Reinhold Wulle, Mitglied des Reichstags! Das ist (zu den Deutschnationalen gewendet) Ihr Kollege zum Schluss schreibt Wulle, der von uns sagt, daß wir Ententeknechte seien, „daß das ganze System zum Teufel gejagt werden muß, weil wir in Berlin eine deutsche Regierung, aber keine Ententekommission brauchen!“ Wo ist von Ihrer Seite (zu den Deutschnationalen gewendet) im Laufe des Jahres ein Wort gefallen gegen das Treiben derjenigen, die die Mordatmosphäre in Deutschland tatsächlich geschaffen haben? Da wundern Sie sich über die Vermilderung der Sitten, die nun eingetreten ist. (Stürmische Zustimmung.)

Wir haben in Deutschland geradezu eine politische Versteirtheit! Meine Damen und Herren, ich habe die Briefe gelesen, die die unglückliche Frau Erzberger bekommen hat. Die Frau lehnt es ab, sie der Öffentlichkeit preiszugeben. Wenn Sie diese Briefe gelesen hätten, wenn Sie wüßten, wie man diese Frau, die den Mann verloren hat, deren Sohn rasch dahingestorben ist, deren eine Tochter sich dem religiösen Dienst gewidmet hat, gemartert hat! Man hat in diesen Briefen der Frau mitgeteilt, daß man die Grabstelle des Mannes beschnühen will, nur um Rache zu üben. (Lebhafte Narube und Erregung.)

Wundern Sie sich, wenn unter dem Einfluß der Erzeugnisse Ihrer Presse der letzte Lage Briefe an mich kommen, wie ich einen von gestern hier in der Hand habe, der die Ueberschrift trägt: „Am Tage der Hinrichtung Dr. Rathenaus!“? Wundern Sie sich dann, wenn eine Atmosphäre geschaffen ist, in der auch der letzte Funke politischer Vernunft erlosch? Ich will nur den Schlusssatz dieses Briefes vorlesen: „Am Guten habt Ihr Männer des Erfüllungswahnstoffs auf die Stimmen derer nicht hören wollen, die von der Fortsetzung der Wahnsinnspolitik abrieten. So nehme denn das harte Verhängnis seinen Lauf, auf daß das Vaterland gedeihet!“ (Anbauender stürmischer Erregung.)

Wollen wir aus dieser Atmosphäre — und das ist es doch, worauf es allein ankommt — wieder herauskommen, wollen wir gefunden, dann muß das System des politischen Mordes ruhmlos enden, das die politische Ohnmacht eines Volkes offenbart. (Lebhafte Zustimmung.)

Wollen wir aus diesem System heraus, so müssen alle, die überhaupt noch auf das liebe Himmelslicht Vernunft einen Anspruch machen, daran arbeiten, diese Atmosphäre zu entgiften. Und wie kann sie entgiftet werden?

Meine Damen und Herren! Sie können mir gewiß zurufen: Das ist eine Frage, die man zunächst an die Alliierten zu stellen hat! Nun, ich war Zeuge bedeutender Unterhaltungen unseres ermordeten Freundes mit den mächtigsten der alliierten Staatsmänner in Genua. Einen breiteren Anwalt in ernsthaften Gesprächen, einen breiteren Anwalt für die Freiheit des deutschen Volkes als Herrn Dr. Rathenau hätten Sie ganz bestimmt nicht finden können!

Seine Art, die Atmosphäre vorzubereiten, die Behandlung der Probleme aus der Atmosphäre der Leidenschaft in eine ruhigere Erwägung und vornehmere Gesinnung hinüberzuführen, das hat keiner so verstanden wie Herr Dr. Rathenau.

Ich war Teilnehmer und Zeuge eines Gesprächs mit dem ersten englischen Minister Lloyd George, in dessen Verlauf Dr. Rathenau ganz klar und ernsthaft sagte: „Unter dem System, unter dem uns zurzeit die Alliierten halten, kann das deutsche Volk nicht leben!“

Niemals habe ich einen Mann edlere vaterländische Arbeit verrichten sehen als Dr. Rathenau.

Was aber war nach der rechtsvölkischen Presse sein Motto? Wenn ich in diesem Briefe lese, daß natürlich die Verträge alle nur abgeschlossen sind, damit er und seine Judensippchaft sich bereichern können, dann können Sie wohl verstehen, daß unter dieser „öblichen“ Verhehlung, unter der wir leiden, unser deutsches Vaterland rettungslos dem Untergang entgegengetrieben muß.

Ich war heute beim Kirchgang Zeuge des Aufmarsches der großen Massen zur Demonstration im Lustgarten. Da war Ordnung, da war Disziplin. Es war Ruhe; aber mögen sich die Kreise in Deutschland durch diese äußere Ruhe nicht täuschen lassen. In der Tiefe droht ein Vulkan! (Stürmischer Beifall.)

Ich muß hier das Wort wiederholen, das ich seinerzeit gesprochen habe, daß in einem so wahnwichtigen Entscheidungskampf, den viele von Ihnen gewissenlos herbeiführen, uns unsere Pflicht dahin führt, wo die großen Scharen des arbeitenden Volkes stehen! (Erneuter lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Frage ist ernsthaft, sie muß hier in Ruhe erörtert werden. Gewiß können wir aus eigener Kraft ohne Einsicht der alliierten Staatsmänner

Ruhe und Ordnung in Deutschland und ein Wiedererwachen des deutschen wirtschaftlichen Lebens nicht herbeiführen. Darüber soll kein Zweifel gelassen werden: Abgesehen von dem oder jenem Zeichen des Verständnisses haben die alliierten Regierungen dem demokratischen Deutschland im Laufe eines Jahres nur Demütigungen zugefügt. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich spreche es offen aus: Der Wahn, der durch die Welt ging, als ob der Ausgang des Krieges eine Sicherung demokratischer Freiheit sei, das war eben nur ein Wahn und eine schmerzliche Enttäuschung für das deutsche Volk und auch die größte Enttäuschung für die deutsche, auch die radikal gestimmte Arbeiterschaft.

Die Entscheidung über Oberschlesien lag nicht in unserer Macht. Ich kenne die Angriffe gegen die Männer, die trotz Oberschlesien die Politik weitergeführt haben, weil es eben keinen andern Weg gab. Die Entscheidung über Oberschlesien war das größte, das himmelstreichendste Unrecht, das dem deutschen Volke durch den Bruch des Versailler Vertrages angetan werden konnte. (Stürmische Zustimmung.)

Ich bin von einem alliierten Staatsmann — es war Lloyd George — gefragt worden: Herr Reichskanzler, wie stellen Sie sich zum Völkerbund? Ich habe ihm folgende Antwort gegeben: Ich bin ein Freund eines Völkerbundes und ich würde den Tag begrüßen, wo die große Organisation der Völker geschaffen werden könnte, um allem, was Menschenanlieh trägt, den Frieden auf der Welt zu bewahren. Aber — so habe ich weiter gesagt — will man dem Völkerbund dienen in Deutschland, so muß man zurzeit diesem Völkerbunde einen Ruck bringen, so muß man nach der Entscheidung von Oberschlesien von diesem Völkerbunde schweigen.

Ich will einen zweiten Punkt anführen. Ich erinnere an das Schicksal der fünf Weichselbörser, das heute noch nicht entschieden ist, an die Leiden der Saarbevölkerung, an die großen Schmerzen der rheinischen Bevölkerung, an diese feindseligen Schikanen, die dort auf unseren Volksgenossen lasten und die eine Schande sind für das gestiftete Europa. (Stürmischer Beifall.)

Wie oft haben wir mahnend und stehend gerade nach dem Auslande hin die Hände erhoben und haben gesagt: Gebt dem demokratischen Deutschland jene Freiheit, deren das demokratische Deutschland bedarf, um im Herzen Europas eine Staatsform zu schaffen, die eine Gewähr des Friedens bietet. Unsere Mahnungen sind verhallt. Erst in dem Augenblick, wo man gesehen hat, daß die ganze Welt leidet, wenn das deutsche Volk zugrunde geht, ist allmählich durch wirtschaftliche Erwägungen der Haß etwas zurückgetreten. Aber die politischen Folgerungen aus dieser veränderten Atmosphäre sind bis zur Stunde noch nicht gezogen.

Darüber besteht kein Zweifel: es ist für ein 60-Millionen-Volk auf die Dauer unmöglich, unter der Herrschaft von fremden Kommissionen, und wenn es die Herren auch noch so gut meinen sollten, ein demokratisches Deutschland, ein Sechzigmillionenvolk überhaupt lebensfähig zu machen.

Da wundern es mich nicht mehr, daß die Erkenntnis — ich weiß nicht, ob es die war — den General Ludendorff veranlaßt hat, in einer englischen Zeitschrift einen Artikel zu schreiben und für Deutschland die Diktatur zu empfehlen, die monarchische Diktatur. Dieser Artikel ist eines deutschen Generals unwürdig. Er ist es um so mehr, als auch auf dieser Seite (nach rechts) wiederholt die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden ist, sich, wenn auch nicht im Rahmen der Linien unserer heutigen Politik, an der Gesetzgebung praktisch zu betätigen. Wenn Sie einen Mann (nach rechts) als Ihren großen Gott verehren, der dieses Ziel, die Diktatur für Deutschland, gerade in einem Augenblick in England proklamiert, wo die Herzen, die in Eis gepanzert waren, aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu schmelzen begannen,

so zeigen diese Träger des alten Systems, daß sie für die politische Atmosphäre der Welt weder Vernunft noch Fingerspitzengefühl besitzen.

Ich glaube, ich war es Dr. Rathenau schuldig, noch einige Worte hier in die Debatte einzuflechten. Ich bedauere nicht nur als Freund seinen grausamen Tod, sondern wir sind tief unglücklich, in ihm den großen Mitarbeiter verloren zu haben. Ich würde mich freuen, wenn gerade in den Kreisen, die bisher unserer Politik feindselig gegenüberstanden, ein Verständnis dafür vorhanden wäre, daß gewisse Linien unserer Politik unter keinen Umständen verlassen werden dürfen.

Aber, meine Damen und Herren, die vielgeschmähte Erfüllungspolitik ist nach außen sabotiert, wenn wir nach innen nicht zu einer einheitlich festgesetzten Auffassung unserer Politik kommen. Es geht nicht an, Divergenzen zwischen Kanzler und Ministern zu konstruieren; und wenn sie vorhanden sein sollten, dann muß gerade aus außenpolitischen Gründen nach einer einheitlichen Linie der inneren Politik so schnell wie möglich gesucht werden.

Minister Dr. Rathenau hat am Abend vor seinem Tode mit einem Herrn aus Ihrer Fraktion, meine Herren von der Deutschen Volkspartei, bei einem Diplomaten bis 1 Uhr nachts zugebracht, nicht etwa, wie man da und dort vermuten könnte, um sich zu ergötzen. Das Gespräch ging um die Reparationsfrage. Die größten Gedankengänge in der Reparationsfrage wie in der Schuldfrage beschäftigten diesen Minister Tag und Nacht.

Nachdem der Herr Kollege Hergt jetzt in den Saal gekommen ist, darf ich sagen: Wir haben gerade für die Förderung dieser Frage durch seinen Tod unendlich viel verloren. Wir sind nicht untätig, meine Herren, und das Geschrei, was draußen geübt wird, ist das Törichteste, was es gegeben hat. Man darf aber, wenn man Politik treibt und wenn man auf Jahre hinaus schauen muß, nicht alles an die große Glocke hängen.

Und ein zweites ist notwendig — darüber ist sich heute die Welt einig! — Das politische Diktat heißt weder das deutsche Volk noch Europa, noch die Menschheit.

Die Politik, die wir im letzten Jahre wie in diesem Jahre erstrebt haben, zielt auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis. Wir wollen uns dem nicht entziehen, wir wollen nicht davonlaufen. In keinem Augenblick, auch nicht bei der schrecklichen Entscheidung über Oberschlesien, haben wir die Geduld verloren, am Rettungswerk des deutschen Volkes mitzuarbeiten.

Ist es denn eine Schande, wenn jemand von uns, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten in idealem Schwung die Fäden der Verständigung mit allen Nationen anzufassen versucht? Ist es denn eine Schande, wenn wir mit jenem gemäßigten Teil des französischen Volkes, der die Probleme nicht nur unter dem Gesichtspunkt sieht: „Wir sind die Sieger, wir treten die Bodens nieder, heraus mit dem Sichel, Einmarsch ins Ruhrgebiet!“, wenn wir durch persönliche Beziehungen mit allen Teilen der benachbarten Nationen zu einer Besprechung der großen Probleme zu kommen suchen?

Dr. Rathenau war wie kaum einer zu dieser Aufgabe berufen. Seine Sprachkenntnisse, die formvollendete Art seiner Darstellung machten ihn in erster Linie geeignet, an dieser Anknüpfung von Fäden zwischen den Völkern erfolgreich zu arbeiten. Wenn

dann ein Mann wie Rathenau über trennende Grenzplätze hinaus bei aller Betonung des Deutschen, seines Wertes für die Geschichte, seiner kulturellen Taten, seines Forschungstriebes, seines Wahrheitssehens, wenn er wie Rathenau die großen Probleme der Kultur- und Wirtschaft Europas und der Wirtschaft organisatorisch durch seine Arbeiten in allen Ländern, dann als Staatsmann im Auswärtigen Amt mit den reichen Gaben seines Geistes und unter Anknüpfung von Beziehungen gefördert hat, die ihm ja auch das Sudentum in der ganzen Welt, das kulturell und politisch bedeutsam ist, gewährt hat, dann hat er damit dem deutschen Volke einen großen Dienst erwiesen.

Ziehen Sie auch andere Vertreter zur Arbeit heran — jedem ist die Lüre geöffnet —, solche, die kirchlichen Organisationen angehören, sei es der evangelischen, sei es der katholischen Kirche, seien es Vertreter der Arbeiterorganisationen, — allen ist die Tür für die Anknüpfung internationaler Beziehungen geöffnet. Es ist notwendig, daß jeder Faden geschloßen wird, der die zerrissenen Völker einander wieder näher bringt. Dabei geben wir nichts auf, was unser eigenes Volk angeht.

Geduld meine Damen und Herren, wieder Geduld und nochmals Geduld und die Nerven angepannt und zusammengehalten auch in den Stunden, wo es persönlich und parteipolitisch angenehmer wäre, sich in die Büsche zu drücken.

In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind die Macht! Nein! Sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht!

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, der Vergiftung zu zerföhren! Da steht der Feind, der Gift in die Wunden eines Volkes träufelt, da steht der Feind —

und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts! (Stürmischer, minutenlang, immer wiederkehrender Beifall bei der großen Mehrheit des Hauses und auf den Tribünen. Große, langandauernde Bewegung.)

Hg. Heine (D. Vpt.): Wir sind in der Beurteilung der Mordtat der Auffassung des Reichskanzlers. Wir sind entsetzt, daß Deutschland aus dieser Atmosphäre nicht herauskommt. Was die Bedeutung des ermordeten Ministers angeht, so ist darüber wohl kein Streit notwendig. Man wird nicht streiten über seine sittliche Größe, seine kulturellen Verdienste, seine Geistesgaben und die Hingebuna, mit der er sich bemüht hat, das Wohl Deutschlands zu fördern. Wir haben den Erfolg seiner Tätigkeit in Genua anerkannt und standen alle unter dem ungeborenen Eindruck seiner Rede, die er mit dem Rufe „Frieden!“ geschlossen hat. Die Regierung muß die Strafgesetze mit aller Schärfe gegen geheime staatsfeindliche Organisationen anwenden. Es muß schnell durchgegriffen werden, weil die Sicherheit des Staates gefährdet ist. Wir billigen, daß in diesen Ausnahmeständen mit Ausnahmebestimmungen vorgegangen wird.

Der Friedensvertrag ist der Grund der Stimmung, und das erlittene Feuer wird erst abgebläht, wenn die Lasten von uns genommen werden. Wir verlangen aber, daß man unsere Ueberzeugung achtet, aber es ist keine Achtung vor dieser Ueberzeugung, wenn

die schwarzweißroten Fahnen mißachtet werden. (Ungeheurer Lärm auf der Linken.)

Die Agitation gegen die Verfassung lehnen wir unter allen Umständen ab. Die Männer der Regierung müssen gegen Beleidigungen geschützt werden. Ueberhaupt sollte die Weimarer Verfassung auf absehbare Zeit nicht geändert werden. Den Generalkonkret, der für Diensttag proklamiert wurde, hatte ich für gefährlich. Ich möchte dringend auffordern, die Verordnung des Präsidiums nach rechts und links anzuwenden. (Große Unruhe und lärmende Juraufe links.)

Durch die einseitige Anwendung der Verordnung würde die Verfassung, die allen Deutschen gleiche Rechte gewährt, gebrochen werden. Die Bestimmung, daß alle Verammlungen wegen des Friedensvertrages und alle Regimentsfeiern verboten werden sollen, ist nicht ungefährlich. Als wir seinerzeit in der Verfassungskommission erhöhten Schuß für den Reichspräsidenten forderten, haben gerade die extremen Demokraten das abgelehnt. (Hört, hört! rechts.) Sollte die Verordnung in das allgemeine Recht übergeführt werden, so müßten wir uns im einzelnen die Prüfung vorbehalten. Aber als Ausnahme wollen wir die Verordnung akzeptieren in dem Gefühl, daß uns die Bestattung des Gemeinrechts vorbehalten bleibt. (Beifall b. d. D. Vpt.)

Hg. Petersen (Dem.) zeichnet noch einmal die Verdienste auf, die sich Rathenau während und nach dem Kriege um Deutschland erworben hat; er ist ermordet worden für das, was er im Interesse des deutschen Volkes geleistet hat, als Minister der demokratischen Republik Deutschland. Die demokratische Republik ist innerpolitisch die einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau. Wir haben lange auf eine Erklärung gewartet, wie sie heute die Deutsche Volkspartei abgegeben hat.

Die Verantwortung gegenüber dem Vaterlande vermissen wir vor allem bei den Deutschnationalen. Nicht die Rede Heffers vom 23. Juni hat Rathenau ermorden lassen, aber die Reden Heffers sind mit die Ursache gewesen. Wo blieben die klaren Trennungstriebkräfte gegen Herrn Wulle, wo blieb die offizielle Erklärung der Deutschnationalen Partei gegen diese Kreise, für die sie durch ihre Haltung verantwortlich ist? Dieser furchtbaren Tat mußte von jener Seite eine aktive Abwehr folgen.

Wir danken dem Kanzler für seine ausgezeichnete Rede (Stürmischer Beifall) und stimmen ihm zu, wenn er die Entente mit verantwortlich gemacht hat. Gegenüber der Politik der Oppositionsparteien der Rechten, die eine Art von Feme geworden ist, wäre es verfehlt, wenn wir die Toleranz des Staates noch weiter treiben würden. Wir müssen den Gedanken der republikanischen Staatsform noch viel stärker betonen. (Lebh. Beifall.)

Auf einen Zwischenruf erwidert Petersen: Auch mein Freund Heffert steht vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung. — Wie die „Kreuzzeitung“ dazu kommt, von Ausnahmebestimmungen gegen die nationalen Kreise zu sprechen, ist auch mir unerfindlich. Sind diese Wörderkreise nationale Kreise? Es muß erogen werden, ob nicht die Verfolgung der Beamten, die die Republik sabotieren, mit aller Rücksichtslosigkeit einlehen muß. (Lebh. andauernder Beifall bei der Mehrheit.) Wir müssen politische und staatsanwaltschaftliche Verfolgungsbehörden haben, die vom Reiche abhängen. Die Republik ist durch so große Massen des Volkes gesichert, daß gar keine Furcht zu herrschen braucht. Aber wir schüßen uns, um die Möglichkeit zu haben, Ordnung und Recht zu erhalten, um im Innern weiter in Ordnung arbeiten zu können und um nach außen unsere Rechte zu vertreten und unter den Nationen der Welt wieder ein lebenswertes Leben zu führen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Nachdem noch die Hg. Gerstenberger (Bon. Vpt.), Kippers (Deutsch-hannover.) und Koenen (Komm.) ihrer Abscheu gegen das Votum zum Ausdruck gebracht haben, erklärt

Reichsjustizminister Radbruch im Namen des Reichskanzlers, daß mit Zustimmung des Reichspräsidenten der § 6 der Verordnung dahin geändert wird, daß auch blo rechtswidrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes vom Reichspräsidenten berufen werden. Damit schließt die Debatte und nach persönlichen Bemerkungen verliert sich das Haus auf Antrag mittags 12 Uhr. Schluß 3/4 Uhr.